

Grüne Rundschau

LEIMEN

Ökologisch sozial basisdemokratisch gewaltfrei

Herausgeber: Bündnis 90 / Die Grünen, Grün Alternative Liste Leimen

Nummer 28

Mai 2004

Leimens neuer Gemeinderat

... wenn Sie Ihre Stimme am 13. Juni der *GALL* geben!



In alphabetischer Reihenfolge:

Dirk Agena, Stefan Becker, Alexandra Bohm, Judith Ebert, Thomas Ebert, Martin Förch, Ralf Frühwirt, Michael Gschwind, Christa Hassenpflug, Ingrid Hörnberg, Konstanze Hügel, Siegward Jäkel, Sahin Karaaslan, Siegrid Keienburg, Bastian Leiner, Maja Leiner, Juan Martinez, Klaus Mußler, Michael Reinig, Georg Riemann, Andreas Schatz, Petra Scheurig, Birgit Steidel, Dieter Weber, Jens Weidner, Thomas Wieland.

Nicht auf dem Foto: Jutta Frühwirt, Christina Hörnberg, Ursulas Löffler-Brandner, Iciar Pomposo, Angela Sachs, Gunnar Unbehaun.

Ökoleitplan

Richtlinien für eine umwelt-, bürger- und kostenorientierte Stadtentwicklung

„In Baden-Württemberg werden **täglich** ca. 10,6 ha Freiland verbaut, das entspricht in etwa 15 Fußballfeldern. Die Fläche, die in den letzten 50 Jahren verbraucht wurde, ist so groß wie die Fläche, die bis dahin verbraucht wurde.“ So der offizielle Bericht des Nachhaltigkeitsbeirates der CDU/FDP-Landesregierung. Sorge bereitet dem Beirat dabei nicht allein



Hier lohnt das Nachdenken, wie dieser zentrale Punkt ansprechender gestaltet werden könnte. Dabei kann eine Überbauung mit Stadthäusern ebenso in Frage kommen wie die Beibehaltung des Platzcharakters. Dann aber mit klaren Zäsuren zwischen fließendem und ruhendem Verkehr.

der Verlust wertvoller Flächen für den Arten- und Biotopschutz, sondern auch für den Ackerbau. Der Flächenverbrauch muss daher nach Ansicht des Beirates drastisch verringert werden.

Diese Forderung entspricht voll und ganz unserer bisherigen Politik (siehe Rückblick), und auch im neuen Gemeinderat werden wir dies mit Nachdruck weiter betreiben. Konkret heißt das für uns:

Ökologische Bauleitplanung

- Ausweisung des gesamten Landschaftsschutzgebiets „Bergstraße Süd“ für die Gemarkung Leimen. Hierdurch werden Bauentwick-

lungen drastisch begrenzt und bei der Ausweisung von Straßen sind erhöhte Ausgleichsmaßnahmen erforderlich. Das Ziel ist die Erhaltung der landschaftstypischen Merkmale der Naturräume Hardt-ebene, Bergstraße, Sandstein-Odenwald, Kraichgau und ihrer über Jahrhunderte gewachsenen Kulturlandschaft.

- Festzurren der Bebauungsentwicklung auf den jetzigen Stand. Keine neuen Baugebiete! Keine bauliche Entwicklung im Bereich des Ziegelgrabens und in Weidenklinge II. Erhaltung der öffentlichen Grünflächen für die Allge-

meinheit, speziell im Bereich „Fasanerie“.

- Keine Gewerbegebiete in Gauangelloch, Ochsenbach und Lingental, sondern gewerbliche Entwicklung weiterhin ausschließlich in Leimen-Mitte und St. Ilgen. Die bisher ausgewiesenen Flächen sind hierfür völlig ausreichend. Das heißt: Auch weiterhin keine Gewerbegebiete „Mühlweg III und IV“
- Ressourcen- und energieorientierte Flächennutzung. Das bedeutet: Vorrang von personal-/arbeitsintensiven (Fertigungs-)Betrieben vor flächenintensiven Handelsbetrieben speziell im Gewerbegebiet Nord, mehrgeschossige Bauweise,

Süd-Ausrichtung von Gebäuden zur aktiven und passiven Ausnutzung der Sonnenenergie

- Umfassende Ausgleichsmaßnahmen. Durch stringente Pflanzgebote, Dach- und Fassadenbegrünungen, oberirdische Niederschlagssammelteiche sowie ausreichend Versickerungsflächen sollen die negativen Auswirkungen der Versiegelung auf das Kleinklima möglichst gering gehalten werden.

Bürgerfreundliche Stadtentwicklung

- Schaffung von kinderfreundlichen Rahmenbedingungen durch phantasievolle und phantasieanregende Spielplätze. Sichere Wege zu Kindergärten und Schulen in allen Stadtteilen.
- Schaffung einer Fußgänger- und fahrradfreundlichen Infrastruktur, vermehrte Ausweisung von verkehrsberuhigten Bereichen, Vorrang für den ÖPNV und nicht-motorisierten Verkehr
- Belebung der Stadtteilzentren: Das Stadtzentrum – der Rathausplatz - stellt sich seit über 20 Jahren als ein hässliches Parkplatzprovisorium dar. Dies wird weder der zentralen Lage noch seiner Funktion als Begegnungsfeld gerecht.
- Schaffung behindertengerechter Rahmenbedingungen: Eindeutige Boden-Markierungen für Blinde sowie barrierefreie Wege und Zugänge zu öffentlichen Gebäuden für Rollstuhlfahrer
- Öffnung für weiteres bürgerschaftliches Engagement im Stadtentwicklungsprozess. Vielfältige Aktionen haben in der Vergangenheit gezeigt: Die Bürger sind bereit, sich für ihre Stadt einzubringen. Diese positive Entwicklung gilt es fortzuführen und weiter auszubauen, z. B. durch Patenschaften für Bäume, Hecken, (Spiel-)Plätze. Eine Aktion im Sinne von „Unsere Stadt soll schöner werden“ kann – völlig kostenneutral - für die Gestaltung von Gärten, Vorgärten und Fassaden wichtige Impulse setzen.

Umwelt- und kostenbewusste Nutzung und Verwertung städtischer Liegenschaften

- Einführung eines Energiecontractings. Dieses - von uns schon seit Jahren gefordert - schont nicht nur die Umwelt, sondern auch den Stadtsäckel! Durch ein Fachbüro werden „Energieschleudern“ festgestellt, ein Energieeinsparkonzept entwickelt und die eingesparten Kosten zwischen den Vertragsparteien aufgeteilt.
- Einrichtung eines weiteren Blockheizkraftwerkes. Speziell der Bereich des Schul- und Sportparks mit seinem hohen Energiebedarf bietet sich für eine Kombination von Wärme- und Stromerzeugung in idealer Weise an.
- Aufbau von Solarzellen. Die ausgedehnten Flachdächer des Schul- und Sportparks sind hierfür hervorragend geeignet. Wie heute schon an der Internationalen Gesamtschule Heidelberg (IGH) realisiert, könnten Bürger über ein Sponsoringprogramm einzelne Zellen erwerben.



Am Leimbachkanal

- Liegenschaften veräußern. Viele städtische Gebäude befinden sich in einem mehr als bedauerlichen Zustand. Da auf absehbare Zeit für aufwändige Sanierungen kein Geld vorhanden ist bzw. dieses zur Instandhaltung der städtischen Funktionsgebäude (Rathaus, Schulen, Sporthallen) weitaus dringender benötigt wird, gibt es nur eine Lösung: Veräußern statt verrotten lassen.

Renaturierung des Leimbaches

Einer der vielen Gründe, warum der Leimbach renaturiert werden sollte, ist die Hochwassergefahr. Unter Voraussetzung, dass die Information der Gewässerdirektion „Nördlicher Oberrhein“ im Internet stimmt und richtig gelesen wurde, ergibt sich Folgendes:

Die Fertigstellung von geplanten bzw. bereits teilweise fertigen fünf Einzelmaßnahmen des „Hochwasserschutzkonzeptes Leimbach-Hardt bach“ bewirkt einen Hochwasserschutz vor immerhin mittleren Hochwasserereignissen, die statistisch gesehen, alle 50 Jahre auf uns zu kommen können. Einen Schutz vor größeren Hochwasserereignissen, wie dem in Sachsen, ist nicht gegeben. Da die Stadt an den Kosten für das Hochwasserschutzkonzept beteiligt ist, müsste sie zwangsläufig auch über diese Gefahr Kenntnis haben und bestimmte Vorsichtsmaßnahmen treffen.

Dazu würde u.a. gehören, die Bevölkerung darüber zu informieren, dass die Gewässerdirektion „Nördlicher Oberrhein“ die Gefahr eines großen Hochwassers für möglich hält, und jeder Bürger dann selbst entscheiden muss, ob er diese Ansicht teilt oder nicht, und ob er selber Schutzmaßnahmen ergreift oder nicht, z.B. Öltanks gegen Auftrieb sichert oder einen Versicherungsschutz gegen Hochwasser in die Wohngebäude- und/oder Hausratversicherung mit hineinnimmt.

Dann wäre es sehr sinnvoll, nicht nur den Leimbach, sondern auch den Landgraben zu renaturieren. Beim Landgraben sind zwar im Probs-terwald von der B3 aus in Richtung Westen im Spätherbst 2003 Bäume und Büsche gepflanzt worden, aber eigentlich müsste der Bachlauf Windungen machen und links und rechts müssten kleine Weiher angelegt werden. Die Kosten für diese Renaturierung, bei welcher man auch Wasser bei Bedarf auf die umliegenden Wiesen leiten könnte, wären billiger, als die Kosten für die Sanierung eines überschwemmten Stadtteiles. Starkregen nehmen immer mehr zu, und

wenn wir durch Renaturierung Gefahren vermindern können, dann müssen wir es tun.

Außerdem müsste man auf eine weitere Bebauung in den ehemaligen Wasserwiesen verzichten. Hier meine ich speziell das Gefängnis. Die Fläche für das Gefängnis würde nicht nur Versickerungsfläche wegnehmen, sie würde auch wegen der neu versiegelten Fläche und dem Betrieb des Gefängnisses einen Teil der jetzt ausgeführten Maßnahmen neutralisieren. Außerdem wären die zusätzlichen Baukosten wegen des notwendigen Hochwasserschutzes unnötig ausgegebenes Geld, welches an einem anderen Standort überhaupt nicht



Ingrid Hörnberg, geb. 1956, verheiratet, 2 Kinder.

„Ich möchte langfristig in kleinen, aber steten Schritten erreichen, dass die Fasanerie zu einem normalen Stadtteil wird, und dass in den Immobilien-Annoncen die Bemerkung „keine Fasanerie“ nicht mehr vorkommt.“

anfallen würde.

Wie gesagt, wir sollten nicht in Panik verfallen, wir sollten aber auch nicht so tun, als könne es uns nicht treffen, sondern nur die Franzosen, die Sachsen, die Waliser etc. Wir müssen mit der Natur arbeiten und auch einmal etwas Fläche an die Tiere und Pflanzen zurückgeben.

Weitere Informationen zum Thema findet man unter der homepage der GALL.

Atommülllager Gorleben verlegt

Sicher haben Sie in den letzten Jahren die Auseinandersetzungen um das Atommülllager Gorleben in den Nachrichten mitverfolgen können. Menschen aus ganz Deutschland versuchten zu verhindern, dass radioaktiver Müll dorthin gebracht wurde. Um die Transporte unter diesen Bedingungen durchführen zu können, wurden diese von massiven Polizeiaufgeboten geschützt. Die Einsatzkosten pro Transport beliefen sich auf bis zu 25 Millionen Euro. Deshalb sollen die Behälter mit dem radioaktiven Müll in Zukunft nicht mehr nach Gorleben gebracht, sondern in der Nähe von Leimen in Baden-Württemberg gelagert werden.

Doch auch hier gibt es Bedenken: Vor mehr als 25 Jahren beschloss die Bevölkerung Österreichs durch eine Volksabstimmung den Atomausstieg. Aber radioaktive Wolken kennen keine Grenzen. Deshalb beteiligt sich das Umweltbundesamt der Republik Österreich auch an atomrechtlichen Genehmigungsverfahren in Deutschland, unter anderem denjenigen für die Brennelemente-Zwischenlager Biblis, Neckarwestheim und Phillipsburg. Das Bundesamt schreibt hierzu: „Da Auswirkungen des Vorhabens auf österreichisches Staatsgebiet insbesondere bei Unfällen nicht auszuschließen sind, hat sich Österreich an den Genehmigungsverfahren beteiligt.“ Ich nehme an, liebe Leserinnen und Leser, dass sie die Sorgen der Österreicher sicher nachvollziehen können, denn diese Zwischenlager liegen ja nur knapp 600 km von Wien entfernt (von Tschernobyl nach Wien sind es etwa 1000 km).

Eine Auswirkungen auf österreichisches Staatsgebiet insbesondere bei Unfällen ist nicht auszuschließen.

Im Gegensatz zum österreichischen Umweltbundesamt sind die Zwischenlager hier in Leimen kein Thema. Bis Phillipsburg sind es ja immerhin 20 km Luftlinie, bis Biblis sind es 44 und bis Neckarwestheim 48 km. Und im Gegensatz zu Gorleben, wo sich „nur“ ein Zwischenlager befindet, gibt es in

50 km Umkreis um Leimen noch sieben Atomreaktoren, jeweils zwei in Phillipsburg, Biblis und Neckarwestheim sowie einer in Obrigheim (28 km von Leimen entfernt).

Und wie sieht es mit der Sicherheit aus? Über den Betreiber des Kernkraftwerks Phillipsburg, die EnBW, sagte der baden-württembergische Umweltminister Ulrich Müller (CDU) am 8. Oktober 2001, er habe „ernsthafte Zweifel an einer hinreichend zuverlässigen Betriebsführung der Anlage“. Damals mussten zwei EnBW-Vorstände wegen eklatanten Sicherheitsmängeln am Block 2 zurücktreten.

DAS IST FORTSCHRITT



**Auch bei
unsachgemäßer
Lagerung
mindestens
haltbar
bis Mai 102004**

Welche Konserve schafft das noch?

In den Auseinandersetzungen um die Kernenergienutzung wurde von Seiten der Atomkraftgegner das Argument gebracht, dass es zu einer Katastrophe kommen könnte, wenn ein Flugzeug zufällig genau auf einen Reaktor stürzt. Unwahrscheinlich, aber verheerend. Seit dem 11. September 2001 sieht die Lage jedoch etwas anders aus. Es besteht dringender Handlungsbedarf, um einen terroristischen Angriff auf ein Atomkraftwerk zu verhindern. Die Bundesregierung hatte den Betreibern der Atomkraftwerke aber kurz vor dem 11. September, im Juni 2001, eine lange weitere Laufzeit der Reaktoren

zugesagt. Statt das Naheliegenste zu tun, die Reaktoren schnellstmöglich still zu legen, wurde das Problem lieber verdrängt.

Erst im Februar 2004 schlug das Bundesamt für Strahlenschutz vor, von den 18 deutschen Atommeilern die fünf am meisten gefährdeten vorzeitig vom Netz zu nehmen, da diese einem Flugzeugabsturz nicht widerstehen würden. Drei dieser Atomreaktoren liegen in der Nähe von Leimen: Phillipsburg 1, Obrigheim und Biblis A.

Im März 2004 konterten die Kernkraftwerksbetreiber: Sie wollen die Reaktoren durch künstlichen Nebel

vor terroristischen Angriffen schützen! Das erinnert fatal an den Ratschlag, sich bei einem Atomangriff sofort auf den Boden zu werfen und den Kopf mit einer Aktentasche zu bedecken. Heute lachen wir über die Lehrfilme der fünfziger Jahre, in denen diese Schutzmaßnahme propagiert wurde. Aber die Atomkraftwerksbetreiber wollen der Bevölkerung lieber das Gehirn vernebeln, als auf ihren Profit zu verzichten.

Und bei den Ausgaben lässt sich auch noch sparen. Während die Hallenwände der Zwischenlager in Norddeutschland aus 1,20 Meter dicken Beton bestehen, sollen für die Wände in Phillipsburg, Biblis und

Neckarwestheim 70 bis 85 Zentimeter reichen. Die Betreiber nehmen in Kauf, dass die Hallen einen Flugzeugabsturz nicht überstehen und hoffen, dass die Castor-Behälter, in denen die radioaktiven Abfälle gelagert werden, den Kerosinbrand unbeschädigt überstehen. Es gäbe Computersimulationen die zeigen, dass das möglich ist. Während sich Autohersteller nicht auf Computersimulationen verlassen und ihre Autos Crash-Tests unterziehen, verzichtet die Atomindustrie darauf, die Castoren in einem realen Kerosinbrand zu testen.

Bei Südwestwind braucht die radioaktive Wolke knapp zwei Stunden bis Leimen.

Für den Fall, dass es zu einem Unfall kommt, haben die Energieversorger 237 Millionen Jodtabletten bestellt. Die Jodtabletten für die Bürger Leimens sollen ab Herbst 2004 in der Nähe von Karlsruhe gelagert werden. Eine Verteilung an die Bevölkerung ist bisher nicht geplant. Im Katastrophenfall müssten die Tabletten an alle Leimener ausgeteilt sein, bevor die radioaktive Wolke Leimen erreicht. Danach ist die Einnahme der Tabletten nämlich wirkungslos. Bei einer mittleren Windgeschwindigkeit in Bodennähe von knapp 3 m/s im Raum Heidelberg braucht die radioaktive Wolke bei Südwestwind von Phillipsburg bis Leimen knapp zwei Stunden. Die Österreicher haben es da besser: Dort werden die Jodtabletten in Apotheken aufbewahrt und jeder Bürger hat schon heute die Möglichkeit, sich seine Ration mit nach Hause zu nehmen.



Siegward Jäkel

Stadtrat seit 1986, Schwerpunkte Umwelt- und Verkehrspolitik

„Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit bestimmen immer weniger das Handeln der überwiegenden Mehrheit der Politiker. Gerade deshalb sind diese Themen so aktuell wie noch nie.“

Wenn Sie beim Lesen dieses Artikels keine körperlichen Reaktion wie Gänsehaut, Herzrasen oder Wut verspüren, sollten Sie dringen einen Arzt aufsuchen.

Solarenergie ja bitte!!

Nehmen wir mal an, ein Drittel aller Dächer in Leimen wären nach Süden, bzw. Südosten oder Südwesten ausgerichtet. Somit würden diese sich zur Nutzung von Solarenergie anbieten und gleichzeitig den Ausstoß von großen Mengen des klimaschädlichen Treibhausgases CO₂ verhindern. Es bietet sich folgende Nutzung der Solarenergie an:

a.) Solarthermische Anwendung:

Hierbei wird in einem Flach- oder Vakuumkollektor eine Trägerflüssigkeit erwärmt, die über einen Wärmetauscher ihre Energie an das zu erwärmende Brauchwasser abgibt. Mit einer derartigen Anlage kann man von Mai bis September weitgehend die Erwärmung des Brauchwassers sicherstellen. Bis auf wenige Tage kann die Heizungsanlage erfahrungsgemäß außer Betrieb bleiben. Auch in der kalten Jahreszeit wird zusätzliche Wärme bei Sonneneinstrahlung erzeugt. Für einen Vierpersonenhaushalt werden ca. 5 m² an Flachkollektoren benötigt. Für die Installation einer solchen Anlage ist mit ca. 5000 € zu rechnen. Bei einer Anlage mit Heizungsunterstützung ist etwa mit dem Doppelten zu rechnen, jedoch mit erheblich größerem Einsparpotential. Einsparungen sind bis ca. 50% möglich. Der Zuschuss für Solarthermische Anlagen von BAFA beträgt 110 € pro angefangenen m² Kollektorfläche. Darüber hinaus bestehen Finanzierungsmöglichkeiten durch die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) mit günstigen Zinssätzen.

b.) Fotovoltaische Anwendung:

Hierbei wird in Solarzellen durch Sonneneinstrahlung elektrische Energie erzeugt. Dies ist zunächst eine Gleichspannung. In einem Wechselrichter wird diese dann in eine 230 V Wechselspannung umgewandelt und kann dann über eine Zählleinrichtung ins öffentliche Netz eingespeist werden. Zur Zeit werden durch das Energieeinspeisegesetz 57,4 Cent pro kWh über einen Zeitraum von 20 Jahren garantiert.

Ein kWp Solarzellen kostet ca. 4.500 – 5.500 €, dafür werden ca. 9 m² Dachfläche benötigt. Solche Anlagen sind besonders für Besitzer von größeren Dachflächen interessant, da die Installationskosten bei größeren Einheiten günstiger werden. Kredite gibt es ebenfalls bei der KfW mit Zinssätzen unterhalb von 4%. Der Ertrag in 20 Jahren ist pro kWp ca. 9.000 – 10.000 €, also sehr interessant! Zusammen mit einer Finanzierung durch die KfW ist es möglich, für die Anlage kein eigenes Geld aufwenden zu müssen. Es trägt sich ganz von selbst, und es bleibt sogar noch etwas übrig. Es sollte auch den Bauherren empfohlen werden, gleich entsprechende Leerrohre einzubauen, um später einfach und kostengünstig eine Solaranlage nachrüsten zu können.

Es sind auch Insellösungen für Anlagen möglich, bei denen keine Anschlussmöglichkeit an das öffentliche Netz besteht, wie z.B. auf abgelegenen Höfen oder Gartenkolonien. Hierbei wird die elektrische Energie in einem Akku gespeichert.



Außerdem gibt es noch viele öffentliche Gebäude, wie z.B. Schulen und Kirchen, deren Dächer nach Süden ausgerichtet sind. Es sind auch Betreibermodelle möglich, bei denen die entsprechende Dachfläche kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Dabei kann man an Bürgerbeteiligungen denken, für Leute, die keine eigene Dachfläche besitzen. Man kann dabei erstens etwas für die Umwelt tun und gleichzeitig eine gute Rendite erzielen. Es liegt jetzt an den Bürgerinnen und Bürgern, der Verwaltung, den Kirchen und den Schulen, ob Leimen in die Reihen der Solarkommunen aufgenommen wird.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Fragen Sie doch mal eine/n Solarfachmann oder -frau. Sie werden sicher gut beraten werden.

Gotthelf Kern

Stichwort Abwassergebühren

Wissen Sie eigentlich, wie hoch die Abwassergebühren sind? Ende 2003 musste der Gemeinderat wegen gestiegener Kosten zähneknirschend einer Erhöhung dieser Gebühren von 1,40 € auf 1,90 € pro Kubikmeter zu-



Wir versiegeln, Sie zahlen!

stimmen. Man wird wohl davon ausgehen müssen, dass in Zukunft die Wasser- und Abwassergebühren noch weiter steigen werden, wie Preisvergleiche mit anderen Kommunen zeigen. Daran kann man nichts ändern. Ändern kann man jedoch etwas am Abrechnungsmodus. Zur Zeit werden die gesamten Kosten für die Abwasserbeseitigung nach dem Trinkwasserverbrauch auf die Verbraucher umgelegt, obwohl ca. 30% dieser Kosten durch die Entsorgung des Regenwassers entstehen.

Laut Rechtsprechung verschiedener Verwaltungsgerichte ist dieser Abrechnungsmodus in der Regel nicht mehr erlaubt, da die nötigen Voraussetzungen nicht erfüllt werden.

Abgesehen von den rechtlichen Aspekten sprechen gewichtige ökologische und ökonomische Gründe für eine getrennte Veranlagung von Schmutzwasser und Niederschlagswasser, denn nur so ist gewährleistet, dass derjenige, der große Flächen versiegelt hat, an den Kosten für die Abwasserbeseitigung beteiligt wird.

Gesplittete Abwassergebühren sind also ein erster Schritt hin zu einer nachhaltigen Regenwasserbewirtschaftung, da Anreize zur Entsiegelung geschaffen werden.

Heidelberg wendet deshalb seit Januar 2004 einen Gebührenmaßstab an, bei dem zwischen Schmutzwasser und Niederschlagswasser unterschieden

wird. Die Schmutzwassergebühr beträgt nun 0,95 € pro m³, die Niederschlagswassergebühr 0,50 € pro m² Dachfläche bzw. versiegelter Fläche. Die Folge davon wird sein, dass Bewohner in Mehrfamilienhäusern bis zu 30% weniger, Familien in kleinen Häusern etwa gleich viel und Betriebe mit großen versiegelten Flächen, wie zum Beispiel Einkaufsmärkte, deutlich mehr für das Abwasser bezahlen müssen.

Bei der Diskussion um die Einführung der gesplitteten Abwassergebühr werden von Gegnern stets die hohen Kosten für die Feststellung der versiegelten Flächen auf den Grundstücken als Argument vorgetragen. Eine Umfrage bei 32 Gemeinden in Nordrheinwestfalen ergab jedoch, dass die durchschnittlichen Verwaltungskosten bei 1,95 € je Einwohner lagen. Das dürfte also kein Hinderungsgrund für die Einführung der gesplitteten Abwassergebühr sein.

Die getrennte Berechnung von Schmutz- und Regenwasserentsorgung schafft aber mehr Gebührengerechtigkeit und gibt einen Anreiz zu umweltbewusstem Verhalten. Und das dürfte im Interesse Aller sein.



Christa Hassenpflug

Quellen: www.heidelberg.de; www.bund-nrw.de (mit einem Artikel aus der kommunalen Steuer-Zeitschrift)

Zementwerk sträubt sich gegen Katalysator

In der Grünen Rundschau 27 erschien der Artikel „Stickoxidemissionen im Zementwerk Leimen“ mit folgenden Kernaussagen: Stickoxide gefährden die Gesundheit, bedrohen Ökosysteme und zerstören Bauwerke. Durch Einsatz des SCR-Verfahrens (Abgasreinigung mit Hilfe eines Katalysators) kann der Stickoxidausstoß des Zementwerks auf ein Drittel reduziert werden.

Aus Anlass des Artikels wurde der Verfasser vom Zementwerk zu einem Gespräch eingeladen. Teilnehmer waren von Seiten des Zementwerks der Werksleiter, der Betriebsleiter, sowie der Geschäftsführer und der Umweltbeauftragte des Technology Centers. Von Seiten der GALL nahmen Siegward Jäkel, Ralf Frühwirt und von fachlicher Seite Horst Fehrenbach (Mitarbeiter des Instituts für Energie- und Umweltforschung in Heidelberg) teil.

Die Vertreter des Zementwerkes bemängelten, dass sie keine definitive Aussage zum SCR-Verfahren machen könnten, da der Abschlussbericht der Versuchsanlage in Solnhofen noch nicht vorläge. Anhand einer Grafik stellten sie die Kosten für das in Leimen eingesetzte SNCR-Verfahren denen des SCR-Verfahrens gegenüber. Dieser Vergleich ergab, dass bei einer Reduzierung der NOx-Emissionen auf 200 mg/m³ das SNCR-Verfahren deutlich kostengünstiger sei, als das SCR-Verfahren. Auf die Nachfrage von Siegward Jäkel, ob eine derartige Reduktion beim SNCR-Verfahren überhaupt möglich sei, mussten die Vertreter des Zementwerks zugeben, dass man diesen Wert in der Praxis nicht erreichen könne. Als Ziel für die nähere Zukunft peilt das Zementwerk Leimen an, 400 mg/m³ zu unterschreiten (bisher sind es knapp 430 mg/m³). Der vom Zementwerk aufgestellte Kostenvergleich ist also genauso realistisch, als ob man ausrechnet, dass ein Mofa bei 200 km/h weniger Sprit braucht als ein Porsche.

Als weiteres Argument wurde der höhere Energieverbrauch beim SCR-Verfahren bemängelt. Die Abgase müssten auf die für den Katalysator notwendige Temperatur erwärmt werden. Auf den Einwand, den Katalysator näher am Ofen anzubringen, wurde argumentiert, dass sich die Gase dort nicht homogenisieren lassen, um eine gleichmäßige Temperatur im Katalysator zu erreichen. Außerdem wäre ein erhöhter Stromverbrauch für zusätzliche Gebläse notwendig. Der zusätzliche Energieverbrauch würde die Umwelt deshalb mehr belasten. Auf telefonische Nachfrage beim Umweltbundesamt wurde mitgeteilt, dass eine Temperaturhomogenisierung ohne weiteres möglich sei. Dass für Maßnahmen zum Umweltschutz Energie verbraucht werde, ist nicht zu vermeiden. Die Entlastung der Umwelt durch weniger Stickoxide überwiege aber bei weitem die Belastung durch eine geringfügig höhere CO₂-Emission.



Georg Riemann

Die Vertreter des Zementwerks schienen das SCR-Verfahren nicht völlig abzulehnen, haben aber in der Diskussion ausschließlich Argumente gegen das Verfahren gebracht. Das Verhalten erinnerte sehr an das Sträuben der deutschen Automobilindustrie vor Einführung des Katalysators für PKWs. Laut Umweltbundesamt ist das SCR-Verfahren Stand der Technik. Mit Rücksicht auf Mensch und Umwelt muss diese Technik so schnell wie möglich eingesetzt werden.

Siegward Jäkel

CHRONIK

November

Die Grüne Rundschau entstand anno 1986 als Antwort der Grünen in Leimen auf die Zensur ihrer Artikel in der Rathaus Rundschau. Nach dem Ende der Ära Ehrbar fiel sie in einen Dornröschenschlaf. Doch im Spätsommer 2003 erwachte sie plötzlich: Konnte sie etwa in die Zukunft schauen? Denn Mitte November lehnte OB Ernst den Abdruck des Artikels „Landnahme in der Fasanerie“ des FDP-Ortsverbands Leimen in der Rathaus Rundschau ab. Da lag die Grüne Rundschau mit dem Leitartikel „Wildwest in der Fasanerie“ aber schon in der Druckerei. Ein makaberer Zufall oder göttliche Fügung?

Dezember

Die ständigen Montagsdemonstrationen der Aktion SifuK veranlassten die Stadtverwaltung zu kleineren Verbesserungen der Verkehrssicherheit in Gauangelloch: Da es erstaunlicherweise immer wieder Autofahrer gab, die die Querungshilfe für Fußgänger in der Ochsenbacher Straße nicht von einem Parkplatz unterscheiden konnten oder wollten, wurden dort Poller angebracht. Und da rasende Zeitgenossen offensichtlich Schilder mit der Aufschrift „Vorsicht Kinder“ ignorieren, wurden Schilder mit der Aufschrift „Vorsicht Radarkontrolle“ an den Ortseingängen von Gauangelloch aufgestellt. Und das Ergebnis? Die Schilder wurden geklaut und mussten ein zweites Mal aufgestellt werden.



Endlich ist sie da, die neue S-Bahn. Der Vorteil: Durch einen größtenteils getakteten Verkehr von morgens bis Mitternacht kann man wesentlich flexibler die Großstädte Karlsruhe, Ludwigshafen und Mannheim erreichen. Und tagsüber überholen Citybus und

S-Bahn die Straßenbahn, wenn man vom Kurpfalzzentrum zum Hauptbahnhof in Heidelberg fährt.

An die Tatsache, dass er eine Stadt übernahm, die völlig blank ist, hat sich OB Ernst ja langsam gewöhnt, aber dass die Stadtverwaltung durch die Eskapaden des Gemeinderates plötzlich obdachlos wird, hätte er sich wohl doch nicht träumen lassen. Ohne Option auf einen Umzug verweigerte ihm die Mehrheit im Rat die Verlängerung des Mietvertrages für das Kurpfalz-Centrum. Die Vorstellung, mit seiner Verwaltung ab Januar als Hausbesetzer im Kurpfalz-Centrum zu residieren, war ihm offensichtlich doch etwas unheimlich. Deshalb berief er am 29. Dezember noch eine Sondersitzung ein. Und der Gemeinderat ließ ihn wieder im Stich. Den Auftrag des Rates, den Mietvertrag für nur zwei statt fünf Jahre abzuschließen, quittierte der Vermieter damit, dass er die Verbesserung im neuen Mietvertrag, wonach der Stadt bei Auszug die teuren Rückbaukosten erlassen wurden, flugs wieder strich.

März

Mit Entsetzen reagierte die Mehrheit des Gemeinderates auf eine Verordnung des Rhein-Neckar-Kreises, weil sie „Leimens Zukunft verbaut“ sah. Der Kreis will nämlich ein neues Landschaftsschutzgebiet ausweisen. 45 Prozent der Fläche der Gemarkung der Stadt Leimen würden dadurch der Bauwut unserer Nachfahren entzogen. Der Gemeinderat lehnte deshalb das Landschaftsschutzgebiet ab. Zum Glück wird die Stadt Leimen nur angehört, die Entscheidung trifft der Kreis. Da besteht die Hoffnung das letzterer nicht so borniert ist.

Impressum

Grüne Rundschau Leimen, erscheint unregelmäßig, Auflage 11.000

Herausgeber: Grün-Alternative Liste Leimen und Bündnis 90 / Die Grünen Ortsgruppe Leimen.

viSdP: Ralf Frühwirt, Weberstr, 18, 69181 Leimen

Internet: <http://www.gall-leimen.de>

Mobilität – Fortschritt - Stillstand

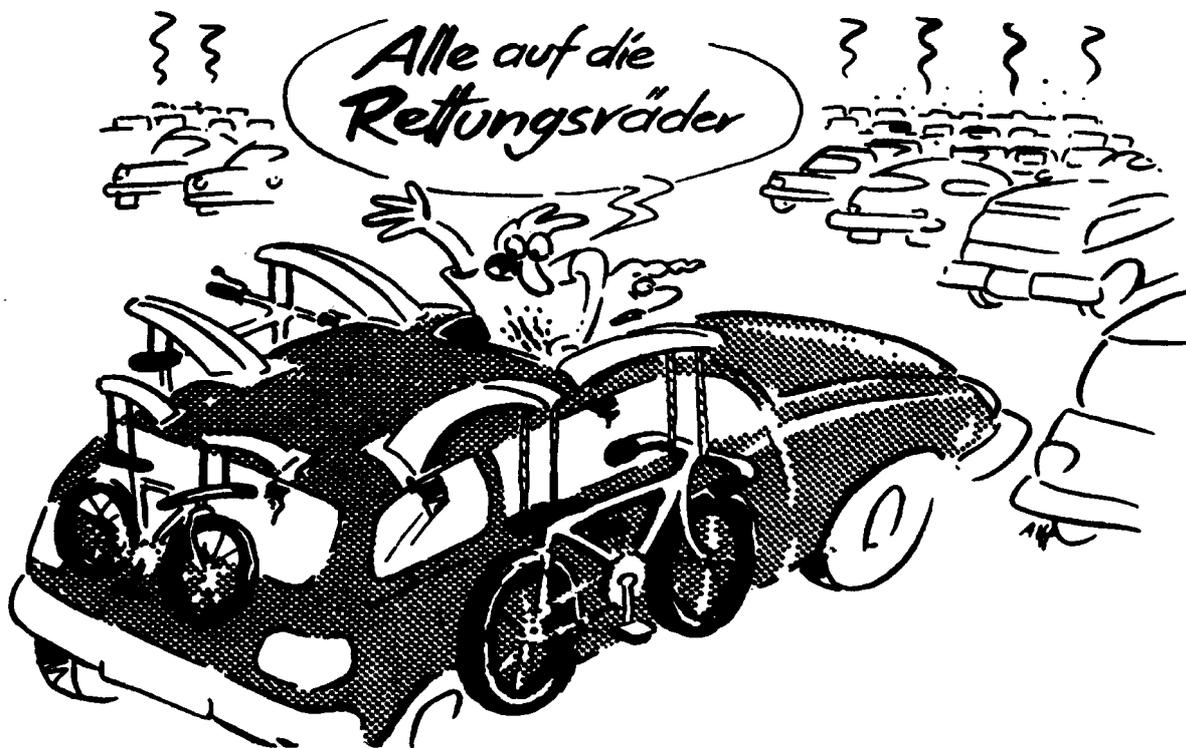
Die Leimener sind unzufrieden über die Verkehrsgestaltung. Einige grundsätzliche und ungehaltene Anmerkungen.

Eine Wein-, Sport- und Europastadt nennen wir unser uns, doch eine Stadt zum gut darin leben, muss Leimen noch werden. Manche wissen noch, was eine „belebte“ Stadt ausmacht: Dass man flanieren kann, je nach Gusto auch spazieren, rennen,

Für altersgebrechliche Menschen oder solche mit Gehbehinderungen sind die anderen, modernen Verkehrsmittel Bus, Bahn und Auto ein echter Segen.

Doch es sollen ja auch körperlich gesunde Menschen in Automobilen zu sehen sein. Statt sich zu bewegen, lassen sie sich bewegen, nicht selten zusammen mit drei Tonnen Metall und Plastik und dreihundert Pferdestärken, zu dumm um zu begreifen, dass keine davon die eigene ist. Menschen mit dieser Lebensweise verbraten sinnlos die Ressourcen des

- Unten der Mensch zu Fuß auf der Straße, meist in der Gestalt Frau oder Kind oder Frau mit Kind anzutreffen. Diese untergeordnete Spezies hat in Leimen die Parkboxen von Automobilen, früher „Gehsteig“ genannt, zu respektieren und soll sich auf die Fahrbahn schleichen, wenn die gerade nicht von einem Automobil gebraucht wird.
- irgendwo in der Mitte steht der Mensch + Fahrrad. Er soll von der Straße auf Waldwege wechseln, wo er an sonnigen Sonntagen gern



laufen, Kinderwagen-schieben oder power-walken. Der Gang auf beiden Füßen war schon lange das Maß der menschlichen Fortbewegung, bevor Vater Fortschritt manchen Menschen weitere Extremitäten wachsen ließ, genannt „Bleifüße“ oder „Gasfüße“ (nicht mit den „Raucherbeinen“ zu verwechseln!)

Zwar nicht auf den Füßen, doch fast so leise und „sanft“ kommt der Radler auf seiner Gehilfe daher, denn die benutzt er mit eigener Kraft.

Verkehrsgläubigkeit verpasst der „Mobilität“ die Vorsilbe „Auto“

Planeten, die ihnen nicht gehören und es soll die Sache der aller sein, diese „Schulden“ zu begleichen.

Die Verödung der Region ist die akzeptierte Folge dieser perversen Fortschritts- und Verkehrsgläubigkeit

Solange diese Ungerechtigkeit grundlegend für unser Zusammenleben ist, sind die Menschen nicht gleichwertig. „Jedes Ding hat seinen Preis, nur der Mensch hat seine Würde“ schrieb Immanuel Kant, auf dessen Philosophie unser Rechtssystem aufgebaut ist. Doch von Gleichwertigkeit kann keine Rede sein, wenn wir folgende Hierarchien anerkennen:

gesehen ist, dann braucht er sich auch nicht zu beklagen, wenn er den Kuhfängern nur knapp entgangen ist.

- irgendwo oben tummelt sich der Mensch + Automobil, auch freier Bürger genannt, der früher freie Fahrt beanspruchte. Gewöhnlich ist er erregt, da ihm diese von anderen freien Bürgern verwehrt wird. Er ist wichtig für die Volkswirtschaft und alles. Sein Alptraum: Ein Kind könnte kurz vor seinem Tode die Karosserie einbeulen, doch einen Einfluss auf sein Fahren hat der Alptraum nicht.

Finden Sie, dass ich übertreibe?- dann können Sie sich den Rest des Textes sparen. Oder lasen Sie nur bis hier um zu sehen, ob noch mehr als Banalitäten kommt?- auch sie seien beruhigt, es kommt nichts mehr, was nicht schon gesagt worden wäre. Mag weiterlesen, wer will.

Jedes Ding hat seinen Preis, nur der Mensch hat seine Würde

Verkehr durchströmt die Städte, das wurde im Mittelalter gewöhnlich als Segen empfunden, gar erzwungen und bis zur Massenproduktion des Automobils war's zumindest noch erwünscht. Das ist längst Geschichte, denn Lärm und Gestank des Durchgangsverkehrs wird von ALLEN Menschen abgelehnt (so sie ihn nicht gerade selbst erzeugen). Also her mit den Umgehungsstraßen und Zubringern in die Bundesstraßenstaus, denn dafür muss Geld vorhanden sein (ist's auch bis jetzt gewesen).



Thomas Ebert

Ich wohne im vierten Jahr in Leimen. Geburt, Schule, Ausbildung und Studium habe ich in Unterfranken absolviert. Zur Zeit Sorge ich für meinen kleinen Sohn und setze mein Studium fort, indem ich versuche, möglichst viel von der Welt zu begreifen. „Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom“, daher möchte ich die GAL-Leimen in ihrer Arbeit gegen den Strom unterstützen.

Schauen wir mal vor die Haustür: Die Straße von Leimen-Mitte nach Gauangelloch, genannt L600 (Heldenstraße/Schwetzingen Straße). Eine „Inner-

ortsumgehung“ hat sie schon und bald wird die Nord-Ost-Umgehung mit Millionenaufwand auch gebaut sein. Ach ja, die Auffahrt zur B3 hängt auch mit ihr zusammen, für die aber die Leimener Bürger nur einige läppische Hunderttausend blechen müssen, da die eigentlichen Millionen vom Land kommen (und die drucken schließlich das Geld selber).

Wurde irgendwann mal ein Gedanke verschwendet, wie Gauangelloch etwa mit einem Fahrrad zu erreichen sei? Niemand wird freiwillig zweimal die Serpentina nach Lingental hochschnaufen, nicht der Steigung, sondern des Abgasgestanks und des Geschnitten-Werdens wegen.

Liebt der Fortschrittmensch seine Kinder nicht?

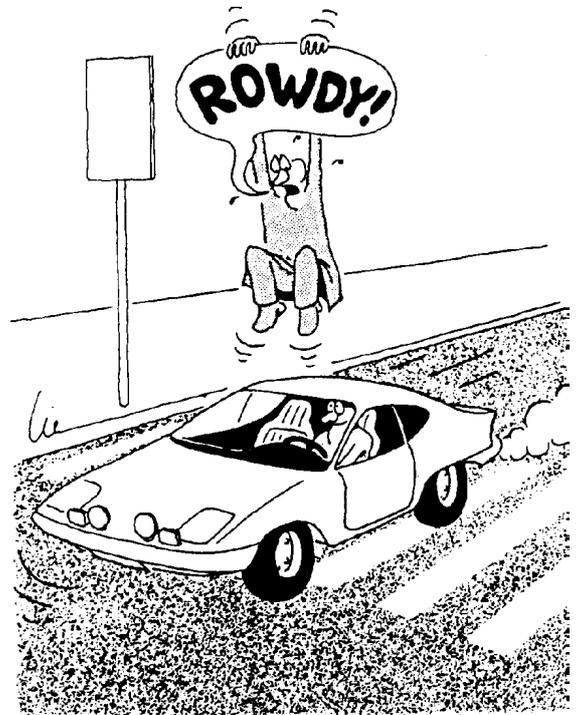
Doch wo ist die Alternative? Es gibt keine und wird keine geben. Der Gauangellocher Bürger hat ein Auto zu kaufen und damit zum Arbeitsplatz zu fahren. Einkaufen kann er zwischendurch irgendwo am Ortsrand, auf einen wohnortnahen Einzelhandel sei gepfiffen. Förderer dieser Entwicklung sind Leute von DER Sorte, die auch mal über den aussterbenden Einzelhandel St. Ilgens öffentlichkeitswirksam Rotz und Krokodilstränen tröpfeln lassen.

Die Verödung der Region ist die akzeptierte Folge dieser perversen Fortschritts- und Verkehrsgläubigkeit. Sie verpasst der „Mobilität“ stets die Vorsilbe „Auto“ und predigt, dass Beweglichkeit ein Wert für sich ist.

Fortschritt ist ergo Bewegungsfreiheit, ist mehr Straßen, ist mehr Autoverkehr, ist Bewegungszwang, denn nicht zu fahren oder das Verkehrsmittel frei zu wählen, wäre doch der Freiheit zuviel. Klingt dumm, doch wenn es nicht so wäre, warum:

- darf sich die Leimener Verwaltung machtlos gegen das allgegenwärtig Zuparken der Geh- und Radwege geben?
- sind Einbahnstraßen (wie die Bgm.-Lingg-Straße) noch nicht für Radler geöffnet?

- sind ortsfremde Radler auf die Hauptstraßen angewiesen? Eine effektive Radwegebeschilderung fehlt! Der Gemeinderat wurde unlängst von der Planung eines Radleitsystems im Rahmen der Agenda21 unterrichtet, doch ob für die Durchführung des Projektes



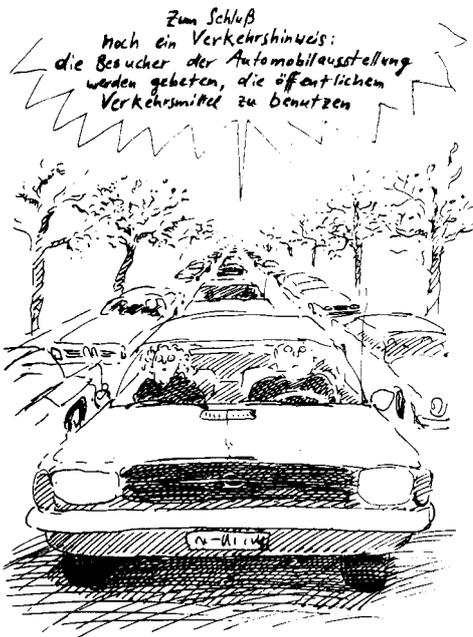
Bürgerlichen Engagements Geld zur Verfügung steht, muss sich weisen.

- wird der verkehrsberuhigte Bereich der Kaiserstraße als Durchgangsstraße geduldet? Eine „Spielstraße“ wurde unter den Augen der Bürger zur NO-GO-AREA!
- müssen Fußgänger an der Ampel der Haltestelle Zementwerk grundsätzlich 90 Sekunden warten, bis man ihnen das angeforderte Grün gibt?
- können PKW-Fahrer sorglos Geschwindigkeitsbegrenzungen überschreiten? Liebt der Fortschrittmensch nicht wenigstens seine Kinder? – Doch, die schon. Aber man kann sie ja in schweren PKWs gut geschützt vor den Schuleingang chauffieren. Also: Rabeneltern sind, wer Kinder in die Welt setzt, ohne sich einen Jeep leisten zu können.

Die Grün-Alternative-Liste Leimen setzt sich dafür ein, dass diese Ironie nicht alltägliche Wahrheit bleibt.

Öffentlicher Nahverkehr

Von Leimen und St. Ilgen hat man, auf Grund der günstigen Lage im Ballungsraum Rhein-Neckar, vergleichsweise gute Möglichkeiten, mit Bus und Bahn überall hin zu kommen. Man kann ohne allzugroße Einbuße an Mobilität auf das Auto verzichten. Bisher war die Straßenbahn das Rückgrat der Anbindung an den Fernverkehr, während im Bahnhof in St. Ilgen bis vor wenigen Jahren kaum Fahrgäste einstiegen. Durch die neue S-Bahn hat sich das Angebot des Nah-



verkehrs weiter verbessert, aber es hinkt der Infrastruktur, die für das Auto existiert und weiterhin noch ausgebaut wird, weit hinterher. Vergleicht man die Leistungsfähigkeit eines der neuen S-Bahn-Züge mit dem von PKWs, dann sehen die Blechkisten ziemlich alt aus. Ein S-Bahn-Doppelzug hat 408 Sitz und 456 Stehplätze. Gesetzt den Fall, dass die Fahrgäste einer zur Hauptverkehrszeit zu 90 Prozent besetzten S-Bahn mit dem Auto fahren würden, so ergäbe das einen Stau von 4 km Länge, das ist die Entfernung vom Kurpfalz-Zentrum bis zum Headquarter in Heidelberg. Statt weiteres Geld in den Straßenausbau zu verschwenden, sollte besser in den öffentlichen Nahverkehr investiert werden.

Große Projekte, wie der zweispurige Ausbau der Straßenbahn nach Heidelberg und die Verlängerung bis Wiesloch, brauchen leider viele Jahre bis zur Realisierung. Doch es lohnt sich weiterhin, sich dafür einzusetzen, denn das Projekt S-Bahn hatte ja (leider) auch Jahrzehnte gebraucht, bis es endlich in Betrieb genommen wurde.

Hier in Leimen müssen wir bis dahin vorrangig die kleinen Verbesserungen vorantreiben. In Leimen Mitte hat sich das Kurpfalz-Centrum mittlerweile zu einem zentralen Knotenpunkt entwickelt. Als es dort zu einem Unfall kam, wurde von Seiten der Verwaltung geplant, die Endhaltestelle der Linie 30 vom Kurpfalz-Centrum zum Friedhof zu verlegen. Unser Vorschlag, stattdessen die Haltestelle der Linie 30 auf die Westseite des Kurpfalz-Centrums zu verlegen, hat nach langem Hin und Her eine Mehrheit gefunden. Leider konnte die Maßnahme bisher noch nicht fertig gestellt werden. Auch der Vorschlag, den Autoverkehr aus der Römerstraße zu verbannen, hat erstaunlicherweise Zustimmung über die Fraktionsgrenzen hinweg gefunden. Die Durchsetzung dieser Maßnahme braucht aber wohl noch einen langen Atem. Wenn der Umbau für die Linie 30 realisiert ist, sollte als nächster Schritt die Linie 757 (Gauangelloch – Heidelberg) ebenfalls am Kurpfalzzentrum halten.

Der von uns initiierte Citybus ist ein Erfolgsmodell. Der Gemeinderat hat mit Mehrheit in einer Stellungnahme zum Nahverkehrsplan beschlossen, dass der Citybus optimal sei und keine Verbesserungen gewünscht werden. Diese Ansicht können wir nicht teilen. Der Citybus ist gut, aber wir wollen ihn noch verbessern. Wir hoffen, dass sich im Laufe der Zeit unter anderem durch die S-Bahn die Fahrgastzahlen steigen und dann abends und am Wochenende mehr Fahrten angeboten werden können. Auch eine bessere Busanbindung für Sandhausen und Nußloch an den Bahnhof St. Ilgen wäre wünschenswert. Sonst ist St. Ilgen irgendwann mit Nußlocher und Sandhäuser Autos zugeparkt. Auch über ein verbilligtes Leimen-Ticket sollte ernsthaft nach-

gedacht werden. Die Fahrer sollten besser geschult werden, so dass sie über Anschlussmöglichkeiten (Bahn, Straßenbahn, Bus) besser informiert sind. Zum Glück hat sich die Unsitte, Fensterflächen der Busse mit Reklame zu bekleben, noch nicht nach Leimen ausgebreitet. Die Verträge mit dem Citybus-Betreiber wären sinnvollerweise dahingehend zu ergänzen, dass solche Reklame nicht zugelassen wird.



Stefan Becker

Auch bei der S-Bahn gibt es Verbesserungsmöglichkeiten. Der feste Takt am Tage sollte, wie sonst bei S-Bahnen üblich, auf die Morgen- und Abendstunden ausgedehnt werden. Es gibt S-Bahnen, die nicht in St. Ilgen halten. Das ist sehr irritierend. Sinnvollerweise müssen diese Züge umbenannt werden (z.B. „RE“ oder „SE“), damit sofort ersichtlich ist, dass sie nicht auf jedem Bahnhof halten. In den Hauptverkehrszeiten wäre der Einsatz von Dreifachzügen anzustreben.

In Gauangelloch ist die Situation durch die Lage im ländlichen Raum, wesentlich schlechter. Wer hier ausschließlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren will, ist massiv eingeschränkt. Außer Bus und Ruftaxi bietet sich kein anderes System an. Hier wäre eine bessere Verbindung nach Bammental und damit zur Elsenzbahn, sowie über Drei Eichen nach Heidelberg wünschenswert.

Siegward Jäkel

Mutterglück in Leimen

Stellen Sie sich vor, Sie sind gerade nach Leimen gezogen, Sie sind Mutter eines Säuglings, und Sie haben vielleicht auch noch ein Kind im Kindergartenalter. Und jetzt müssen Sie sich noch vorstellen, Sie müssen zum Einwohnermeldeamt im Kurpfalz-Centrum. Sie kommen von der



Maja Leiner, 59 J., verh., 2 Söhne, Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen, früher Flüchtlingsbetreuung und Kirchenälteste, heute Brustkrebs-Selbsthilfegruppe und Eine-Welt-Laden-Leimen im Rahmen der Agenda 21.

„Ich lebe und handle nach der Devise eines chinesischen Sprichwortes: „Es ist besser, ein Licht anzuzünden, als auf die Dunkelheit zu schimpfen.“

Bürgermeister-Weidemaier-Straße und laufen frohgemut bis zum Supermarkt Penny, was auch ganz gut klappt mit den beiden Kleinen, und kaufen dort noch schnell ein paar Brötchen. Nun müssen Sie sich beeilen, denn das Einwohnermeldeamt macht pünktlich um zwölf Uhr zu. Sie beeilen sich und sehen alle „normalen“ Leute, also die ohne Kinderwagen, diese schöne Treppe zum Kurpfalz-Centrum hochgehen und denken „So ein Sch....., wie soll ich denn hier hoch kommen?“. Sie gehen zur St.Ilgener-Straße, laufen dort ein Stück auf dem rechten Bürgersteig die St.Ilgener-Straße hoch

und haben schon wieder ein Problem: parkende Autos auf dem Bürgersteig vor dem Gasthaus „Traube“. Sie kommen nicht vorbei, und es bleibt Ihnen nichts anderes übrig, Sie müssen die Straße überqueren, um auf die andere Seite zu kommen. Der Verkehr ist ziemlich stark, und es ist gar nicht einfach. Nun, Sie schaffen es, und die Kreuzung St.Ilgener-Straße/Sandhäuserweg/Kaiserstraße bewältigen Sie trotz starkem Verkehr auch noch. Nun stehen Sie an der Kreuzung Rohrbacher Straße/St.Ilgener-Straße und warten, bis es grün wird.

Das große Kind, ein Junge, ist ganz stolz, weil er weiß, dass er bei Rot warten muss und bei Grün rüber laufen darf. Kaum ist es grün, reißt er sich von der Hand und läuft auf die Straße. Sie sehen gerade noch mit dem linken Auge, dass ein Auto mit ziemlich hohem Tempo um die Kurve kommt. Dann hören Sie es auch schon quietschen. Ihr Sohn guckt ganz erschrocken, der Autofahrer schimpft, und Sie sind auch ganz fertig. Nun müssen Sie ihrem Sohn erklären, dass der Autofahrer ein ganz dummer Mensch ist, der eigentlich auf die Fußgänger achten müsste. Sie erklären ihm auch, dass es Ampeln gibt, die für Fußgänger grün sind, aber er trotzdem aufpassen muss, ob ein Auto um die Kurve kommt, weil nämlich dieses Auto auch Grün hat.

Sie sind schon ziemlich genervt. Das Kleine schreit, und der Große fragt ihnen ein Loch in den Bauch. Sie laufen an der Tankstelle an der Rohrbacher Straße entlang und sagen Ihrem Sohn, dass er hier auf die Autos achten muss, die die Tankstelle rein und raus fahren und ganz schnell auf die Straße kommen wollen. Nun stehen Sie an der schönen Treppe, die Sie vorhin nicht heraufgekommen sind und warten, bis Sie die Rohrbacher Straße überqueren können um zum Kurpfalz-Centrum zu kommen. Ein höflicher Autofahrer bleibt stehen und lässt Sie hinüber.

Im Einwohnermeldeamt angekommen, erfahren Sie, dass Sie leider auch noch in das Rathaus in der Rathausstraße müssen. Nun laufen Sie schnell zur Rathausstraße, sehen den Bürgersteig auf der rechten Seite und denken: „Wie soll ich denn hier hoch

kommen?“ Sie machen sich Mut, halten ihr Kind ganz fest an der Hand, warten bis kein Auto zu sehen ist und hetzen im Eiltempo bis zu der Stelle (beim Blumengeschäft), wo der Bürgersteig wieder breiter wird. Sie lassen einen Stoßseufzer los und denken, gleich habe ich es geschafft. Sie haben sich aber zu früh gefreut, denn Sie stehen schon wieder vor einem parkenden Auto, deren Besitzerin gegenüber in die Reinigung läuft, um nur schnell den Anzug ihres Mannes



abzuholen. Sie kommen auch hier nicht durch, weil noch ein Kleiderständer von einem Modegeschäft auf dem Bürgersteig steht. Sie müssen die Straßenseite wieder wechseln oder um das Auto herum auf die Straße. Sie warten, bis eine Lücke in der Autoschlange entsteht und laufen schnell um das Auto herum.

Sie erklären Ihrem Sohn, dass er das nie machen darf, wenn er mal alleine läuft, denn das wird ja bald sein Schulweg sein. Nun stehen Sie an der Ampel, um die Rathausstraße zu überqueren. Ihr Sohn darf drücken und Sie warten auf Grün. Der Übergang zur anderen Straßenseite ist aber voller Autos, weil in beiden Richtungen die Autos Stoßstange an Stoßstange stehen. Bei Grün laufen Sie zwischen den Autos durch und genießen den Duft der freien Autowelt. Sie laufen noch ein Stück hoch und sind dann (Gott sei Dank) beim Rathaus angekommen. Leider ist es aber zwei Minuten nach zwölf, und es ist geschlossen.

Am anderen Tag beschwerten Sie sich bei einer Nachbarin über die Verkehrssituation in Leimen. Die lacht und sagt Ihnen, dass es in Leimen Schleichwege gibt, die man mit der Zeit kennen lernt, und die das Überleben in Leimen wahrscheinlicher machen.

Finanzpolitik

Die Stadt Leimen steckt heute in einem finanziellen Dilemma, das sich aus vielen Quellen zugleich speist. Die Aufgabe der nächsten fünf Jahre kann es nur sein, die Ausgaben zu konsolidieren, Effizienz im Verwaltungshandeln zu steigern und die Investitionen auf rentierliche Maßnahmen zu beschränken.

Die Ära Ehrbar hat der Stadt einen gewaltigen Schuldenberg hinterlassen, der sich auch unter Wolfgang Ernst weiter vergrößert hat, zum Teil aufgrund bereits vorhandener Verpflichtungen, zum Teil aufgrund einer weiterhin ausgabefreudigen Gemeinderatsmehrheit.



Dirk Agena

Zweites Problem sind die wegbrechenden Einnahmen, aus denen lange Jahre die Illusion einer prosperierenden Stadt genährt wurde. Umlageerlöse gibt es mangels neuer Baugebiete keine mehr, Grundstücke und Gebäude in städtischem Besitz gibt es nur noch wenige, und die sind schwer verkäuflich, und Schulden dürfen nur noch in minimalem Umfang neu gemacht werden.

Zu dieser selbstverschuldeten Misere kommen in den letzten Jahren auch noch äußere Faktoren, die von der Stadt kaum zu beeinflussen sind. Der Zusammenbruch der Gewerbesteuer, die schwierige Lage des Arbeitsmarkts, die Reformen in Bund und Land, die auf dem Rücken der Kom-

munen ausgetragen werden, lassen mittlerweile viele Städte in den finanziellen Abgrund schauen.

Ein vierter Faktor, der Leimen heute stark belastet, ist die marode Infrastruktur. Das geschlossene Parkschwimmbad ist dabei nur das markanteste Beispiel für eine Entwicklung, die auch an anderen Stellen der Stadt ins Auge springt. Jahrzehnte lang wurde die Instandhaltung der Infrastruktur vernachlässigt. Das Thema Folgekosten wurde überhaupt erst von der GALL in die Diskussion eingebracht und dann von Verwaltung und anderen Fraktionen nur widerwillig aufgegriffen. Schließlich macht sich eine feierliche Straßeneröffnung mit dem Durchschneiden eines Bandes und Freibier viel besser, als eine Straßenausbesserung, die meist nur Ärger mit den Anwohnern bringt.

Heute stehen wir vor der Aufgabe, den enormen Sanierungsbedarf der Stadt mit geringen Einnahmen und vor dem Hintergrund eines großen Schuldenberges zu leisten. Die Politik der Vergangenheit – neue Schulden – ist heute nicht mehr gangbar, dem stehen die Auflagen des Regierungspräsidiums entgegen. Die GALL steht seit jeher für eine solide Finanzpolitik, bei der Einnahmen und Ausgaben im Einklang stehen. Deshalb haben wir es schon immer abgelehnt, Investitionen, die anschließend nur Folgekosten produzieren, über Kredite zu finanzieren, wie es in Leimen lange üblich war. Einer Kreditfinanzierung können wir immer nur dann zustimmen, wenn

1. die Investition unumgänglich ist
2. alle Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft sind und
3. der Kredit gegengerechnet werden kann. Das heißt, wenn die Kreditkosten geringer sind als die Erträge oder Einsparungen, die die Investition bringt.

Denn Schulden und insbesondere die damit verbundenen Zinsen sind zu tiefst unsozial. Täglich werden in der Bundesrepublik Millionen von Euros von unten nach oben, von arm zu reich, von den Schuldner zu den Gläubigern verteilt. Auch die Schulden der Öffentlichen Hände

tragen zu dieser Umverteilung bei. Man muss sich nur einmal vorstellen, was eine schuldenfreie Stadt Leimen mit den 1,5 Millionen Zinsen anfangen könnte, die heute jährlich aus dem Haushalt abfließen.



Bis wir so weit sind, einen Haushalt ohne Zinsbelastung fahren zu können, bedarf es jedoch noch

einiger Anstrengungen. Haushaltsdisziplin ist dafür eine wichtige Voraussetzung, die von der neuen Verwaltungsspitze bisher weitgehend durchgehalten wurde. Darüber hinaus steht die GALL dafür:

- Sparinvestitionen bevorzugt umzusetzen (Wärmedämmung, Energieeinsparung...) da diese sich selbst amortisieren
- Contractingmodelle auszuprobieren, wo die Stadt selbst nicht investieren kann
- Die Effizienz der Verwaltung zu steigern, zum Beispiel durch dezentrale Ressourcenbewirtschaftung und Budgetierung
- Kosteneinsparungen durch Kooperationen mit Nachbargemeinden zu prüfen
- Anreize für Bedienstete zu schaffen, um Engagement zu fördern
- Bei den freiwilligen Leistungen der Stadt weg zu kommen vom Gießkannenprinzip, hin zur gezielten Förderung bedürftiger Gruppen
- Den Gemeinderat zu verschlanken
- BürgerInnenengagement zu stärken

Seit wir im Gemeinderat sind, arbeiten wir in Richtung einer soliden Finanzpolitik, denn sie ist kein Selbstzweck. Verschuldung zehrt eine Stadt aus und verhindert eine nachhaltige positive Entwicklung. Die kommenden fünf Jahre werden entscheidend sein, ob unsere Stadt eine Erholung schafft oder weiter im Schuldensumpf versinkt, mit allen Konsequenzen für die Lebensqualität.

Ralf Frühwirt

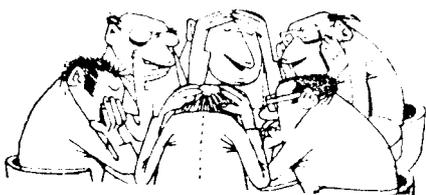
Verkleinerung des Gemeinderats

Kleine Große Kreisstadt mit riesigem Gemeinderat

Leimens Gemeinderat ist überdimensioniert und ineffektiv. Eine Verschlingung der aufgeblähten Strukturen tut Not. Demokratische Teilhabe lässt sich anders besser organisieren.

Die Kommunen in Baden-Württemberg können die Größe ihrer Gemeinderäte in Grenzen selbst festlegen. Normal nach der Gemeindeordnung wäre für eine Kommune unserer Größe 26 Räte. Man kann aber auch die nächstkleinere (22) oder nächstgrößere (32) wählen. Geprägt vom ehrbaren Größenwahn entschloss sich der Gemeinderat zur Aufblähung auf 32. Dazu kamen noch Ausgleichssitze aufgrund der unechten Teilortswahl, sodass wir ein ineffektives Riesengremium von 35 Räten geschaffen haben. Zum Vergleich: Heidelberg hat fünf Mal so viele Einwohner, aber nur 42 RätInnen.

Die GALL hat sich in dieser Wahlperiode mit anderen Fraktionen bemüht, die Zahl der Räte auf Normalmaß zurückzuschrauben. Am 27.3.03 verhinderte eine CDU geführte Mehrheit (plus Stern und Weber) die Reduzierung auf 26 Räte. Am 29.4.03 wurde unser Antrag – die Möglichkeit zu geben, die Größe des Gemeinderates durch einen Bürgerentscheid bestimmen zu lassen – abgelehnt. Nur die vier GALLierInnen konnten sich zu diesem demokratischen Wagnis durchringen. Da hatte wohl so mancher Angst um seinen bequemen Ratsessel.

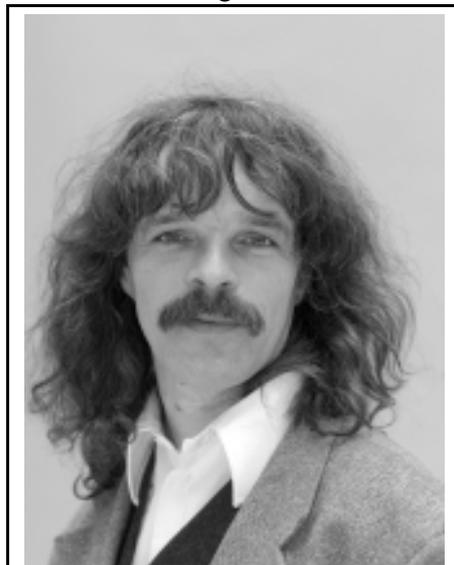


Wir werden uns auch in der kommenden Wahlperiode für eine Verkleinerung des Gemeinderates einsetzen. Die Erfahrung zeigt, dass es dafür andere Mehrheiten im Rat braucht.

Ralf Frühwirt

War da was?

Die Rathausaffäre ist in die Phase ihrer juristischen Aufarbeitung getreten. Rathausaffäre, wird sich so Mancher fragen, war da was? So lange ist es schon her, dass ein Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt kurz nach dem Amtswechsel des OB, den Finger nachdrücklich auf zahlreiche Unregelmäßigkeiten legte, die während der Amtszeit von Herbert Ehrbar in Leimen stattgefunden haben. Polizei und Staatsanwaltschaft interessierten sich dafür und begannen zu ermitteln. Und dann war lange Zeit Ruhe.



Ralf Frühwirt, 42 Jahre, 3 Kinder, Dozent (in der Erwachsenenbildung), Gemeinderat seit 1984, Kreisrat seit 1994

Finanzpolitik: hier stehe ich seit 20 Jahren für eine nachhaltige, Finanzierung städtischer Aufgaben.

Demokratische Entwicklung: Ich trete für eine Kultur der Mitbestimmung der BürgerInnen in kommunalen Angelegenheiten ein.

Im Gemeinderat, wo die Ehrbar-Freunde nach wie vor die Mehrheit haben, wurde eine öffentliche Aussprache von dieser Mehrheit auch nicht gewünscht. Viele erinnern sich noch an den Versuch, die Bürgerversammlung zu verhindern, die dem berechtigten Wunsch vieler BürgerInnen nach Information nachkommen sollte. Man wolle erst die juristische Aufarbeitung abwarten, war das Argument der Versammlungsgegner. Vielleicht hoffte man ja, dass die weisungsgebundene Staatsanwaltschaft im CDU-regierten Baden –Württem-

berg dem Bruder eines langjährigen CDU-Abgeordneten nicht ganz so arg auf die Finger schauen würde. Oder man hat einfach gedacht, dass die Ermittlungen so lange dauern, dass sich dann niemand mehr dafür interessiert.



Nachdem nun viele schon meinten, die damalige Aufregung wäre übertrieben gewesen, oder die Ermittlungen seien im Sande verlaufen, hat die Staatsanwaltschaft Mannheim (bisher) in zwei Fällen Anklage erhoben. Zunächst ging es um Unregelmäßigkeiten in der Städtischen Wohnbau Gesellschaft (SWG), dann um Tennisspiele beim BTV, die wohl über das Vereins Zuschuss Programm (VZP) abgerechnet wurden. SWG und VZP sind zwei ureigene Schöpfungen von Ehrbar, und so langsam muss auch dem Naivsten klar werden, dass sie nicht nur zum Bauen und Fördern gegründet wurden.

Finanziell gesehen sind die bisher angeklagten Tatbestände eher kleine Fische, im Vergleich zu dem, was sonst noch so im Raum steht. Was aber nicht bedeutet, dass alles andere unter den Tisch gefallen ist. Der RNZ war zu entnehmen, dass auch gegen Ehrbar noch immer ermittelt wird. Wir dürfen uns also noch auf weitere Neuigkeiten seitens der Staatsanwaltschaft Mannheim gefasst machen.

Nachdem Ehrbars Friends im Gemeinderat in der gegenwärtigen Wahlperiode schon einige Verfehlungen per Ratsbeschluss nachträglich abgesegnet (Beispiele siehe homepage) haben und damit der Stadt die Chance auf Schadensersatz genommen haben, bleibt die Erwartung, dass es vor Gericht unvoreingenommener zugeht.

Ralf Frühwirt

Kommunale Demokratie

Dies ist ein Gebiet der Kommunalpolitik, auf dem sich in den letzten Jahren einiges getan hat. Mit dem Amtswechsel von Ehrbar zu Ernst gab es tatsächlich erste Schritte hin zu einer verstärkten Bürgerbeteiligung in Leimen. Schritte, die uns allerdings noch lange nicht weit genug gehen. Denn auch unter Ernst ist die Politik in Leimen noch immer auf Verwaltung und Gemeinderat konzentriert. Bürger dürfen zwar mitreden und sich handfest einbringen (siehe Lokale Agenda) aber bei der Mitbestimmung hapert es noch immer. Hier wird die GALL in den kommenden fünf Jahren ihre Schwerpunkte bei der Förderung kommunaler Demokratie setzen.

Um mehr Transparenz von politischen Entscheidungen und eine beteiligungsorientierte Kommunalpolitik erreichen zu können, muss sich auf verschiedenen Ebenen etwas bewegen:

Innerhalb der Stadtverwaltung muss der begonnene Weg hin zu mehr Eigenverantwortung der MitarbeiterInnen weiter geführt werden, denn alle Erfahrungen aus Kommunen, die bereits in dieser Richtung arbeiten, zeigen, dass mit einer höheren Verantwortung auch ein größeres Engagement einhergeht. Entscheidungsprozesse müssen weiter dezentralisiert werden. Das bedeutet, dass nicht mehr jede Entscheidung vom Sachbearbeiter bis zum Oberbürgermeister und zurück durchgekaut wird. Eine Verkürzung und Vereinfachung der Entscheidungswege ist die Folge.

Eine verstärkte BürgerInnenorientierung und mehr Service im Rathaus und seinen Außenstellen ist nach wie vor nötig. Nachdem die ehrbarsche Ämterrotation abgeschafft wurde, ist es den BürgerInnen nun immerhin möglich, ein Amt wiederzufinden. Ein erster wichtiger Schritt.

Für uns ist die Struktur der Amtsverwaltungen in St. Ilgen und Gauangeloch eine wichtige Frage der nächsten

Jahre. Als Bürgerbüros sind sie zur dezentralen Versorgung der Bevölkerung unentbehrlich, aber ob sie in Form und Unterbringung den Ansprüchen einer modernen Verwaltung entsprechen, ist doch sehr fraglich.

Schließlich sind auch die verbesserten Möglichkeiten des elektronischen Services für BürgerInnen bisher an Leimen vorbei gegangen. Hier, wie auch beim Internet-Auftritt der Stadt bleibt noch einiges zu tun.

Im Verhältnis zwischen Stadtverwaltung und dem Gemeinderat, als offiziellem Vertretungsorgan der Bürgerschaft hat sich einiges verändert. Man kann der Verwaltung (mit Ausnahmen) durchaus das Bemühen zu mehr Offenheit gegenüber dem Gemeinderat bestätigen. Das Gefühl, als Gemeinderat nur ein Störenfried bei der Verwaltungsarbeit zu sein, ist zumindest tendenziell zurück gegangen – auch wenn hier sicher



„Das kann doch nicht alles sein.“

noch viel Arbeit vor uns liegt. Immerhin werden Beschlüsse des Gemeinderates heute nicht mehr einfach ignoriert, wenn sie dem OB nicht ins Konzept passen.

Auch im Hinblick auf die Veröffentlichungsmöglichkeiten in der RaRu hat sich einiges verbessert. Aber gerade hier gilt es, ein waches Auge zu behalten, denn im Zusammenhang mit den Grundstücksverpachtungen in der Fasanerie gab es schon wieder erste Zensurversuche bei einer Fraktion.

Nach wie vor fordern wir die Abschaffung der Ortsbeiräte und die Schaffung von Ortschaftsräten. Ortsbeiräte sind nicht gesetzlich verankert, sie haben weder Rechte noch Pflichten. Entsprechend ernst werden

sie genommen. Ortschaftsräten dagegen kann der Gemeinderat Aufgaben delegieren – inklusive eines gewissen Budgets. Sie haben damit eine eigene Kompetenz und können den Gemeinderat entlasten.

Innerhalb des Gemeinderats schließlich braucht es ein deutliches Signal für einen Neuanfang. Denn im Hinblick auf die Zusammenarbeit der Fraktionen zum Wohl der Stadt waren die letzten vier Jahre sicher verlorene Jahre. Auslöser dafür war nach unserer Meinung das Ergebnis der OB-Wahl, das nicht nach dem Wunsch der Gemeinderatsmehrheit ausgefallen ist. Dieses „Fehlverhalten“ der WählerInnen glaubte man dann durch konsequente Blockadepolitik, auch im Hinblick auf die Aufarbeitung der Vergangenheit, korrigieren zu müssen. Das darf nicht noch einmal fünf Jahre so weiter gehen!

Der wichtigste Aspekt zur Stärkung der kommunalen Demokratie ist der der unmittelbaren Bürgerbeteiligung. Wenn wir weiterhin so wenig tun, um das „BürgerIn sein“ in Leimen erlebbar und gestaltbar zu machen, wird sich der Trend – Leimen als Schlafstadt – in Zukunft weiter verstärken. Wer sich mit Leimen als „seiner Stadt“ identifizieren und sich hier engagieren soll, der muss auch das Gefühl bekommen, dass seine Beteiligung erwünscht und gebraucht wird. Gerade viele Neubürger und viele Jugendliche haben dieses Gefühl in unserer Stadt nicht.

Darüber kann auch der bisherige Erfolg der Agenda nicht hinwegtäuschen. Wenn hier Wert auf eine dauerhafte Bürgerbeteiligung gelegt wird, reicht es nicht aus, ein Betätigungsfeld zu stellen. Der Wille von Verwaltung und Gemeinderat, die BürgerInnen auch in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, muss in Zukunft erkennbar größer werden.

Wir fordern eine Verbesserung von BürgerInnenversammlungen durch Themenorientierung. Unser diesbezüglicher Antrag im letzten Jahr wurde zwar angenommen, aber reichlich verwässert. Das sinnvolle Forum der BürgerInnenversammlung muss noch mehr als bisher dazu genutzt werden, in Leimen kontroverse

Themen zu diskutieren, bevor der Gemeinderat hier Entscheidungen trifft. Außerdem sollte die Versammlung in jeder Sitzung die Diskussionsleitung selbst wählen.

Die Schaffung von „Runden Tischen“ zu Themenschwerpunkten wie Verkehr, Schulen, Sport, Kultur ... als Diskussionsforen zwischen Verwaltung, Gemeinderat, Betroffenen und Interessierten kann die Einbeziehung der BürgerInnen in kommunale Politik weiter voran bringen. Im Gegensatz zu den BürgerInnenversammlungen, die eher aktuelle Themen ausgreifen, sollen hier

Gemeinderat zugestehen. Allerdings fanden sich im ersten Anlauf nicht genügend Jugendliche, um die Wahl durchführen zu können. Für uns zeigt dies, dass die bisherige Form des Beirats nicht attraktiv genug war. Auf einen kurzen Nenner gebracht lauten unsere Forderungen: Mehr Initiative der Verwaltung bei der Unterstützung des Jugendgemeinderates, weniger Einmischung in die konkrete Arbeit.

Eine Initiative „Schule und Kommunalpolitik“, um kommunale Demokratie auch für Kinder und Jugendliche erlebbar zu machen, wurde von uns im vergangenen Jahr beantragt. Mit

Der Leimener Schuldenturm

An dieser symbolträchtigen Stelle an der Aegidiushalle in St. Ilgen brachte die GALL zum ewigen Gedenken an die Verschuldungspolitik der Ehrbar-Ära eine formschöne Messingplakette an. Darauf ist folgender Text zu lesen:

Leimener Schuldenturm, gewidmet Oberbürgermeister Ehrbar und seiner Gemeinderatsmehrheit, für ihre aufopferungsvolle und stets bemühte Verschuldungsarbeit. Möge sie nie in Vergessenheit geraten.

Leimen, April 2004

Ausgewählt wurde dieses Objekt aus zwei Gründen. Erstens hängt hier noch keine Tafel, die auf irgendwelche Verdienste hinweist, was gar nicht so leicht zu finden ist in Leimen, und zweitens illustriert dieses sinnlos in der Landschaft stehende Treppenhaus aufs eindrucksvollste die von Größenwahn und Realitätsferne geprägte Politik, die hier vorherrschte.

Aber die GALL wäre nicht die GALL, wenn sie nicht über den Tag hinaus in die Zukunft denken würde. Wir wollen den Schuldenturm nicht nur als Symbol und Mahnmal für die Vergangenheit auf-

werten, sondern ihn auch mit Leben erfüllen. Im Inneren sind wechselnde Ausstellungen zu wichtigen kommunalpolitischen Themen geplant („Das Schwimmbad, wie es wurde, was es ist“, „Straßeneröffnungen /Straßenschließungen in Leimen“, „Die GALL, Leimens letzte Hoffnung“...). Lassen Sie es sich nicht nehmen, diesen wichtigen Anlaufpunkt persönlich in Augenschein zu nehmen. Wir informieren rechtzeitig über Ausstellungstermine.

Anfragen bei Ralf Frühwirt unter: 06224/80434



Die GALL bei der Anbringung der Gedenktafel am Schuldenturm

längerfristig Konzepte erarbeitet werden.

Die Förderung von Initiativen und Vereinen, die sich um kommunalpolitische Belange kümmern, könnte im Vereinszuschussprogramm (VZP) aufgenommen werden. Dazu zählen wir z.B. Tauschringe, CarSharing-Initiativen, etc.

Der Jugendbeirat wurde nun endlich nach langen Jahren zum Jugendgemeinderat. Damit steht den Jugendlichen endlich das Rede- und Antragsrecht im Gemeinderat zu. Auch einen kleinen eigenen Etat kann ihnen der

Verweis auf eine Zusammenarbeit mit dem neu zu wählenden Jugendgemeinderat wurde dieses Projekt zunächst verschoben. Es wird eine starke GALL-Fraktion brauchen, es in der nächsten Wahlperiode wieder aufzugreifen und mit Leben zu füllen.

Wir sind davon überzeugt, dass mit einer Umsetzung all dieser Maßnahmen die kommunale Demokratie in Leimen gestärkt werden kann und unsere Stadt ein Stück lebenswerter gemacht wird.

Ralf Frühwirt

Schnell reagiert! Vielen Dank!

In der letzten „Grünen Rundschau“ schrieb ich über die Sperrbügel, die an einem Weg in der Fasanerie den Durchgang für Rollis und breitere Kinderwagen erschwerten, bzw. unmöglich machten. Die Verwaltung reagierte prompt und versetzte die Sperrbügel um einige Meter. Vielen



Dieter Weber

Dank! Nun ist die Stelle ohne Probleme passierbar. Auch Radfahrer können jetzt, wie bei jedem anderem Durchgangsweg in der Fasanerie, durchflitzen, ohne ihre Geschwindigkeit reduzieren zu müssen. Bleibt immer noch die Frage, wozu diese Sperrbügel eigentlich da sind. Und warum gerade an dieser Stelle? Wer haftet, wenn z.B. ein Radfahrer nachts gegen so einen Sperrbügel fährt und sich verletzt? Und wie will man dann erklären, warum gerade hier Sperrbügel sind und an allen anderen Durchgangswegen nicht? Wenn also kein Grund für solche Sperrbügel existiert, bleibt meine Forderung die Gleiche wie bisher: „Weg damit!“

Die S-Bahn brachte für Behinderte im Rollstuhl erhebliche Verbesserungen. Die alte Fußgängerbrücke am Bahnhof Leimen-St. Ilgen war mit Rollstuhl unüberwindlich. Jetzt gibt es die Fußgängerunterführung, die durch einen geschwungenen Zugangsweg sehr gut zugänglich ist. Aus der Sicht des Verfassers wirklich perfekt gemacht. Nur die Glasscherben, die dort öfter herumliegen, verderben den sonst gu-

ten Gesamteindruck. Radler heben notfalls ihr Gefährt über diese Stellen, aber mit dem Rollstuhl muss man durch und kann nur hoffen, ohne Platten davonzukommen. Vielleicht könnten die Verantwortlichen da öfter kehren lassen.

Es hat sich also einiges getan. Aber weitere Verbesserungen wären angebracht. Vorstellen könnte ich mir auch Informationen für Behinderte auf der Internetseite Leimens. Welche Veranstaltungsorte, Gaststätten, Vereinslokale usw. zugänglich sind, ob es da behindertengerechte Toiletten gibt. Der Verfasser wird versuchen, im Laufe des Jahres Vorschläge und Anregungen auszuarbeiten und der Verwaltung und den Parteien zukommen zu lassen.

Dieter Weber

Neubau gleich. Da keine Geldmittel vorhanden sind, müssten entweder **alle** Liegenschaften der Stadt unter Zeitdruck und damit unter Wert veräußert werden, oder das Ganze müsste kreditfinanziert werden, was aufgrund des hohen Schuldenstandes vom Regierungspräsidium nicht genehmigt würde.

Doch es liegt nicht nur am Geld. Allein der zeitliche Ansatz von zwei Jahren ist für eine Maßnahme dieser Größenordnung hinsichtlich Planung, Genehmigung und Ausführung völlig illusorisch, worauf in der bewussten Gemeinderatssitzung auch mehrfach hingewiesen wurde.

Durch den Gemeinderatsbeschluss wurde die Verwaltung in eine denkbar ungünstige Situation gestellt: Wir müssen ca. 100.000 € Rückbaukosten



Bürger nah, luftig und wetterfest: Ob Leimens Verwaltung bald so arbeitet?

Unterbringung der Verwaltung

Pünktlich zum Jahreswechsel 2004 haben CDU & Co. angeblich aus Sparsamkeitsgründen die Verwaltung vor ein völlig überflüssiges und dazu noch unlösbares Problem gestellt: Umzug der Verwaltung aus dem Kurpfalz-Centrum binnen zwei Jahren in ...? Der Vorschlag der CDU lautet: Rathausstraße 1.

Eine Begehung des Gebäudes hat gezeigt, dass es im jetzigen Zustand nicht verwertbar ist. Eine Renovierung kostet zwischen 6 und 7 Millionen € und kommt damit einem

für das bestehende EDV-Netz aufbringen, wir müssen in zwei Jahren ausziehen und wissen nicht wohin. Die Verantwortlichen für diese Misere hüllen sich in Schweigen und lassen dafür lieber andere aktiv werden.

Wir haben gegen diesen unsinnigen Beschluss argumentiert, so lange und so eindringlich es nur irgend ging. Wir sind gescheitert an der Ignoranz und den Machtspielereien der Mehrheitsfraktion. Wir wollen, dass sich dies ändert. Helfen Sie uns mit Ihrer Stimme, dass in Zukunft Dialogbereitschaft, Vernunft und Weitblick das Handeln des Rates bestimmen!

Keine Erhöhung der Kindergartengebühren

Wahlzeit-Täuschungszeit?

Stadtrat Wolfgang Krauth zumindest kommentierte mit deutlicher Skepsis die Absichten all jener, die in einer der letzten Gemeinderatssitzungen zum Thema Kindergartenbeiträge einer Erhöhung derselben nicht zustimmen wollten. Entgegen dem Vorschlag der Verwaltung stimmte die CDU einer Erhöhung vor den diesjährigen Gemeinderatswahlen nicht zu, nach den Wahlen sahen sie aber durchaus Spielräume für eine Verteuerung der Kindergartenplätze.

Ein übler Mensch, wer Böses dabei denkt....

Die GALL besah sich das Problem etwas grundsätzlicher:

Kindergartenplätze werden immer stark subventioniert werden müssen, sollten als wichtige erste Orte der Bildung aber für wirklich jede Familie erschwinglich bleiben. Verteuern wir also den Besuch eines Kindergartens immer weiter, schaffen wir ein Luxusgut, das sich nicht jede Familie leisten kann oder will.



Und gerade eher bildungsferne Familien stehen oft auch finanziell nicht gut da. Mit einer Erhöhung verbauen wir also ausgerechnet den Kindern, die es am nötigsten brauchen könnten, eine wichtige Chance, mit den vielfachen Anregungen der Bildungsinstitution Kindergarten in Berührung zu kommen. Deshalb wird die GALL auch nach den Kommunalwahlen gegen Beitragserhöhungen stimmen, allen Unkenrufen Krauths zum Trotz.

Drogenberatungsstelle abgelehnt

Bildzeitungsgemäße Vorurteile wurden sichtbar in der Vorstellung einer Mehrheit des Gemeinderates zum Thema „Einrichtung einer Drogenberatungsstelle in Leimen“. Experten hatten im Vorfeld sehr kompe-



tent und anschaulich dargestellt, dass unsere Gesellschaft jährlich viele Tote und schwer Erkrankte zu beklagen hat, die sich mit den legalen Drogen Alkohol und Nikotin vergifteten. Wer die Augen offenhält, wird bestätigen, dass immer mehr Jugendliche den Suchteinstieg finden und ihre Gesundheit aufs Spiel setzen. Auch illegale Drogen spielten in der aufgezeigten Statistik eine kleine, aber erschreckende Rolle. Die Notwendigkeit einer Anlaufstelle, auch in Leimen, war unbestritten. Das Konzept der Beratung von Süchtigen und ihrer oftmals ratlosen Angehörigen war gut durchdacht und in umliegenden Gemeinden wohl erprobt. Schulen können sich MitarbeiterInnen der Beratungsstelle in den Unterricht holen, um wichtige präventive Arbeit zu leisten.

Trotz aller aufgezeigten Vorteile stellte die CDU den Antrag, das schon in den Haushalt 2003 eingestellte Geld einer anderen Verwendung zuzuführen. Eine Mehrheit befürwortete den Antrag. Da waberte eine diffuse Angst durch die Reihen, eine solche Einrichtung werde dunkle ausgemergelte Gestalten nach Leimen ziehen, dreckige Spritzen werden zu Dutzenden das umliegende Gelände verschmutzen und unsere Kinder einer großen Gefahr aussetzen. Es war die immer wieder in Leimen auftretende Vogel-Strauß-Politik, die be-

stimmte unangenehme Realitäten einfach nicht zur Kenntnis nehmen will und deshalb Notwendigkeiten ignoriert oder verneint.

Es gibt mehr als genug Süchtige der unterschiedlichsten legalen und illegalen Drogen in Leimen. Diese und ihre Familien ließ und lässt man mit der Ablehnung der Beratungsstelle im Stich. Ein Vorstoß der GALL, das Geld in den Haushalt 2004 einzustellen, scheiterte wieder an einer Mehrheit. Mehr als Ungläubigkeit macht sich deshalb breit, wenn Richard Bader (CDU) in einem Artikel in der Rathaus-Rundschau erklärt, die CDU sei nie gegen die Einrichtung der Drogenberatungsstelle gewesen, nur der geplante Standort „in unmittelbarer Nähe der Jugendfeuerwehr“ sei nicht akzeptabel. Eine solche Aussage wäre nur glaubwürdig, wenn das benötigte Geld im Haushalt belassen bzw. eingestellt worden und mit vereinten Kräften die Frage des Standortes angegangen worden wäre. Also wieder ein Jahr verloren? Nicht nur in dieser Frage hofft die GALL auf den Ausgang der Kommunalwahl am 13.Juni!



Petra Scheurig, 41 Jahre, ledig, drei Kinder, Erzieherin, Gemeinderätin, Agenda-21-Begeisterte

„Mehr Frauen in den Gemeinderat, und mehr Interesse aller BürgerInnen an anstehenden Entscheidungen. Kommunalpolitik ist nicht Bundespolitik. Alle Themen passieren vor der Haustür. Also unbedingt wählen gehen und dann: einmischen erwünscht und möglich.“

Kommunale Jugendförderung

Offene Jugendarbeit

Der Zwist war in der Vergangenheit fast schon Tradition. SPD und GALL plädierten für die Einrichtung einer offenen Jugendarbeit in Leimen, die konservative Gemeinderatsmehrheit blockte ab. Nach jahrelangen Grundsatzdebatten wurden mit Errichtung der drei Jugendtreffs Basket I, II und III in Leimen-Mitte, St. Ilgen und Gauangeloch schließlich recht befriedigende Lösungen gefunden. Doch die Wichtigkeit der offenen Arbeit zur Stabilisierung sozialer Spannungsfelder wurde und wird leider noch immer viel zu wenig gewürdigt. Bis es endlich soweit war, ging es denn auch zu wie auf der Echnernacher Springprozession: einen Schritt vor und zwei zurück.

einen Jugendtreff erst einmal ab. Es bedurfte im Februar 2002 eines zweiten Anlaufes, damit diese allseits anerkannte Jugendarbeit von ihrem Provisorium (Bauwagen!) am Badener Platz in die leer stehenden Räume der Robert-Koch-Halle umziehen konnte. In trockenen Tüchern ist die Arbeit damit aber noch immer nicht. Auf Antrag der CDU wurden im Haushalt 2004 nämlich 20.000 €, die zunächst für die offene Jugendarbeit vorgesehen waren, mit höchst dubiosen Argumenten ins Vereinszuschussprogramm „umgeschichtet“. Dass diese Mittel der offenen Jugendarbeit schließlich doch nicht verloren gingen, ist wahrlich kein „Verdienst“ der CDU!!

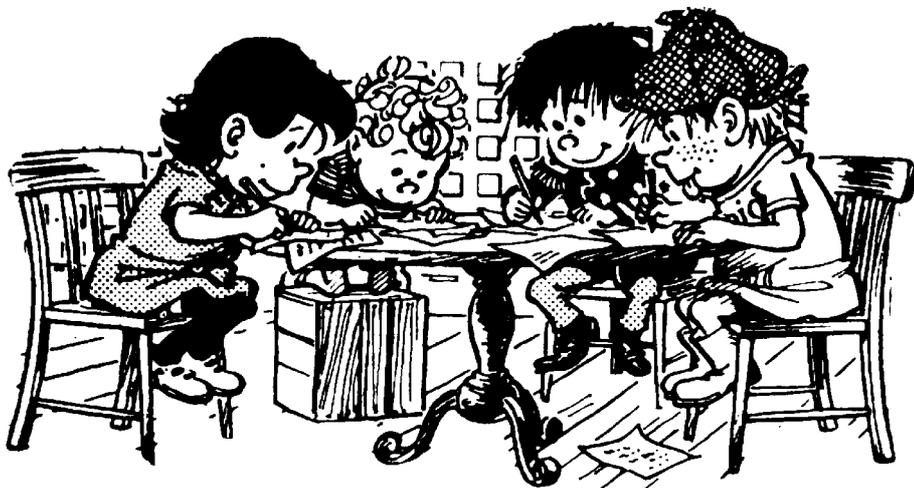
Jugendarbeit fördern in den Vereinen und in den Jugendtreffs!!

SDW und FWV haben mit der Verabschiedung des 9. VZP im Juli 2003 eindeutig ein Votum gegen die Vereinsjugendarbeit abgegeben.



Birgit Steidel, 39 Jahre, verheiratet, drei Kinder, Hausfrau und Mutter. Hobbies: Jogging, Training mit der F-Jugend des VfB Leimen.

„Engagement für die Gemeinschaft ist gerade in der heutigen Zeit wichtig. Insbesondere dann, wenn es um unsere Kinder geht!“



Die CDU, die – bei einem einstimmigen Votum des Gemeinderates!! – gerne besondere „Verdienste“ um den Jugendtreff in Gauangeloch hervorstreicht – ohne diese freilich näher zu benennen!! – tat sich nur zwei Monate später mit der Einrichtung von Basket I schon wesentlich schwerer. Hier lehnte sie im Dezember 2000 den Ausbau der Robert-Koch-Halle in

Vereinsjugendarbeit

Gebetsmühlenartig wurde der GALL in der Vergangenheit immer wieder vorgehalten, dass es keine bessere Förderung der Jugend geben könne als über die Förderung der Vereine – das sog. Vereinszuschussprogramm (VZP). Aber ausgerechnet CDU,

Was ist der Hintergrund? In einem gemeinsamen Entwurf haben FDP, SPD und GALL versucht, das bisherige Konglomerat aus Sach- und Barleistungen, Grund- und Leistungszuschüssen auf eine einfache, prägnante Formel zu bringen: Vereinsförderung als Jugendförderung. Nicht auf einmal, nicht sofort, aber Schritt für Schritt.

Damit sollte der Beitrag, den die Vereinsjugendarbeit für ein funktionierendes öffentliches Leben leistet, anerkannt und honoriert werden. Auch im Eigeninteresse der Vereine haben wir darin einen Anreiz gesehen, sich verstärkt um eine florierende Nachwuchsarbeit zu kümmern. Schon ab einer Zahl von 26 Jugendlichen hätte dies für einen Verein finanzielle Vorteile gebracht. Insbesondere die großen Sportvereine mit ihren vielen Jugendmannschaften wären damit finanziell erheblich besser gestellt worden als durch das von CDU, SDW und FWV verabschiedete Programm.

Lokale Agenda 21 – auch in Leimen

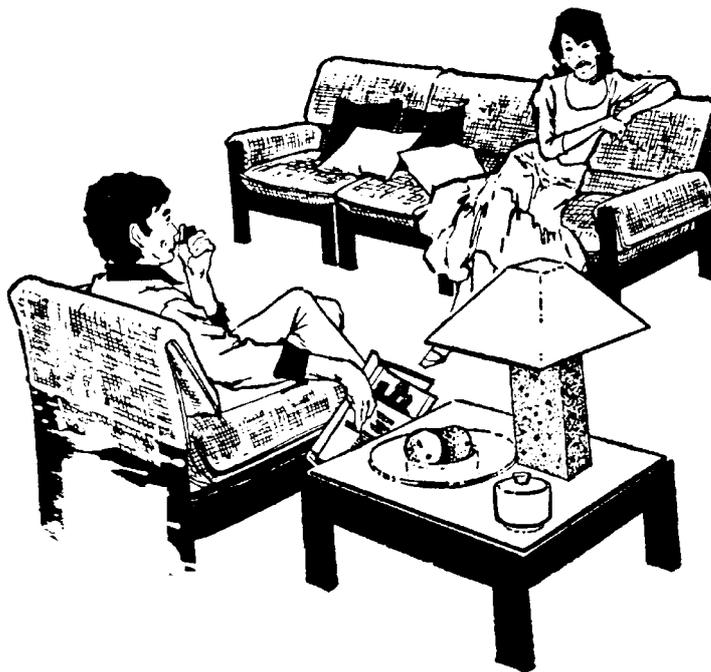
„Jede Kommunalverwaltung soll in einem Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine <kommunale Agenda 21> beschließen. Durch Konsultation und Herstellung eines Konsens würden die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen Organisationen, von Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen lernen und für die Formulierung der am besten geeigneten Strategien die erforderlichen Informationen erlangen. Durch den Konsultationsprozess würde das Bewusstsein der einzelnen Haushalte für Fragen der nachhaltigen Entwicklung geschärft. Außerdem würden kommunalpolitische Programme, Leitlinien, Gesetze und sonstige Vorschriften zur Verwirklichung der Ziele der Agenda 21 auf der Grundlage der verabschiedeten kommunalen Programme bewertet und modifiziert.“

(aus: Bundesumweltministerium; Bonn(1979): Umweltpolitik-Agenda 21/Seite 231)



Jens Weidner

Auch in Leimen gibt es ihn jetzt : den kommunalen Agendaprozess. Es gibt ihn seit Oktober 2002. In der RathausRundschau finden Sie Veröffentlichungen über Aktivitäten und Projekte der Agenda-Gruppen. Für die Bürgerinnen und Bürger aus Leimen besteht seither die Gelegenheit, sich für ihre Stadt zu engagieren. Alle, die in der Vergangenheit Probleme hatten



Sie langweilen sich zu hause? Sie suchen neue Herausforderungen? Auf zur lokalen Agenda!

mit Zuständen und Entwicklungen in unserer Stadt, die vielleicht Ideen oder Vorschläge hatten, wie etwas besser gemacht werden könnte, haben nun die Möglichkeit, gemeinsam mit anderen ihre Vorstellungen einzubringen. Sie können sich nun aktiv für die Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität und der natürlichen Lebensgrundlagen in Leimen einsetzen. In Leimen gibt es viel zu tun, um eine zukunftsbeständige und nachhaltige Entwicklung in die Wege zu leiten. Nachhaltig zu handeln bedeutet, heute so mit den natürlichen Ressourcen unserer Erde umzugehen, dass auch künftige Generationen noch gut auf ihr leben können. Dazu kann jede und jeder einen kleinen Beitrag leisten.

Der Agenda-Prozess ist ein gemeinsames kommunales Projekt. Für den Erfolg braucht es das Zusammenwirken von vielen Menschen aus der lokalen Wirtschaft, aus der Bevölkerung, aus den Vereinen, Organisationen u.a.m. Menschen „vor Ort“ (Leimen) können ihre persönliche Betroffenheit, ihre Kenntnisse und ihr Interesse in umweltpolitische Prozesse einbringen. Gemeinderat und Verwaltung sollten verstärkt zusammenarbeiten. Beson-

dere Bedeutung kommt dabei der Verwaltungsspitze zu, die die Kommune repräsentiert.

In Lokale Agenda 21-Prozessen gehen Leute aus Gemeinden, Städten oder Regionen partnerschaftlich den Weg in die Zukunft. Sie suchen Visionen, kreieren Ideen, schmieden Pläne und realisieren Wege für eine zukunftsbeständige Entwicklung, die ökologisch nachhaltig, ökonomisch verträglich, sozial gerecht und weltweit solidarisch ist.



Sahin Karaaslan

Auf lokaler Ebene wird dadurch die nachhaltige Entwicklung konkret.

Haben Sie Visionen? Hatten Sie schon länger eine Idee, wie Sie etwas verändern könnten in Leimen? Oder haben Sie Lust mit anderen zusammen Pläne zu schmieden, um ein lebens- und liebenswürdiges Leimen zu schaffen und zu erhalten?

Worauf warten Sie noch? Machen Sie mit. Wir sind dabei!

Freibad

Wie bekommen wir Dich zurück?

Hallenbad

Wie bleibst Du uns erhalten?

Die Jahre gehen mittlerweile ins Land, und das Freibad ist noch immer geschlossen. Im Hallenbad braucht mensch bei Regen nicht mehr zu duschen, die Dusche gibt es direkt von oben, im großen Schwimmbecken oder in der Umkleidekabine. Der Schwimmbadverein tut sein Bestes, um Geld zu sammeln. Die Gemeinderäte diskutieren – mehr oder weniger – und machen nun Geld locker, um eine europaweite Ausschreibung für ein Betreibermodell anwaltlich begleiten zu lassen. Das Ziel soll wohl sein, mit geringem Gemeindegeld ein funktionierendes Frei- und Hallenbad zu bekommen, und die Eintrittspreise sollen denn auch noch moderat sein. Ob das so funktionieren kann, darüber kann man sich allerdings gut und heftig streiten!

Ich möchte mich hier und heute nicht streiten, sondern eine Möglichkeit aufzeigen, die vielleicht einen gangbaren Mittelweg für die unterschiedlichen Interessen bietet:

Das NaturErlebnisBad!

Dieses Badevergnügen ist eine kostengünstige und gesunde Alternative für Gemeinden. Bei mehr als 50 % Ersparnis beim Bau – im Vergleich zu herkömmlichen, chlorgereinigten Schwimmbädern – liegen auch die Wartungskosten 2/3 unter denen für Schwimmbecken, da keine Chemikalien zugesetzt werden müssen. Die Reinigung des Wassers findet in einem Regenerationsteich statt. Durch Anlegung von Flachwasserzonen ist es möglich, den Badebetrieb im Frühjahr und im Herbst länger aufrecht zu erhalten (natürliche Wassererwärmung). Duschen und alle elektrischen Anlagen können mit Solarenergie-Unterstützung konzipiert werden.

Den gesetzlichen Hygienevorschriften wird durch laufende bakteriologische Untersuchungen entsprochen. Die Anlagen sind so angelegt, dass kurz-

fristige Spitzenbelastungen durch spezielle Einbauten beschleunigt abgebaut werden können. Eine richtig geplante Anlage ist so gebaut, dass belastungsanzeigende Parameter laufend gemessen werden. Auf Grund der gemessenen Kennzahlen reagiert das System selbsttätig.



Konstanze Hügel, Jahrgang 1955, verheiratet, vier Töchter, eine Enkelin, Verwaltungsangestellte an der Uni Heidelberg, Ortsbeirätin für die GALL in Gauangelloch, Agendamitglied und eine der SprecherInnen aktiv für Frauen- und Kinderrechte seit 1981

BürgerInnen und Bürger können die Umgestaltung des Bades in eine Freizeitanlage aktiv begleiten. Sie können den Betrieb einschließlich landschaftspflegerischer und baulicher Unterhaltungen eigenverantwortlich regeln. Von dem Bau eines Feldes für Beach-Volleyball bis zu einem Kindermatsch-Bereich gibt es vielfältige Einrichtungen, die in Eigenleistung erschaffen werden können.

Ob in einem Alpensee gebadet wird oder in einem richtig geplanten Naturerlebnisbad, unterscheidet sich heute nur mehr in der Wassermenge, nicht in der Wasserqualität. Ist der nötige Platz vorhanden, gibt es derzeit keine Attraktion, die gemessen an der Investitionssumme mehr Erfolg bringt, als ein NaturErlebnisBad. Leimens Anlage hat genau das, was benötigt wird, nämlich Platz! **Und es wäre UNSER BAD! Weit und breit wäre kein solches!** Es wäre das, was man eine Marktlücke nennt. Viele Menschen leiden an Allergien und

Chlorunverträglichkeit. Sie können „normale“ Schwimmbäder nicht besuchen. Viele mögen gechlorte Bäder einfach auch überhaupt nicht. Nach Leimen könnten sie kommen. Wir würden damit Besucher gewinnen, die ansonsten bestenfalls am Wochenende zu einem der Seen im Umfeld fahren. Und, Hand aufs Herz, haben wir nicht schon genug konventionelle Spaß-Bäder in der Region? Denken wir ernsthaft, dass wir hier noch ein Konkurrenzunternehmen der gleichen Art etablieren können? Kaum jemand besucht täglich das Bellamar, Aquadrom oder Miramar, denn billig ist der Eintritt nicht - eine Familie mit durchschnittlichem Einkommen kann sich so einen Besuch nur selten leisten. Auch die Sportler bräuchten nicht das Nachsehen haben. Durch eine entsprechende Konzeption sind durchaus auch 25- & 50-Meter-Schwimmbahnen, sowie Sprungfelsen zu realisieren.



Martin Förch, 40 Jahre, verheiratet, 2 Kinder

Beruf: Umwelttechniker

Hobbys: Kommunalpolitik, Fotografieren, Computer, Tauchen ... meistens aber meine Jungs in irgendwelche Sporthallen zum Fußball- oder Handballspielen begleiten.

Es gibt inzwischen Büros, die sich seit Jahren mit der Planung und Realisierung von solchen Bädern beschäftigen. Es gibt auch realisierte Projekte, die in Kombination mit einem Hallenbad oder Freibad betrieben werden. Warum schauen wir uns alle das nicht einfach mal an?



Außerdem sollten folgende Möglichkeiten bzgl. der Finanzierung geprüft werden:

- **Gibt es eine Förderung durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt?** Vielleicht fördert diese Stiftung den ökologischen Umbau und die Nutzung von Solar-Energie.
- **Könnte es Unterstützung durch das Arbeitsamt Heidelberg geben?** Einstellung von Hilfskräften durch AB-Maßnahmen
- **Sind Sponsoren zu gewinnen?** Z. B. SAP – Dieses Projekt wäre vielleicht förderungsfähig auf Grund des innovativen Charakters. Sparkasse, Volksbank, ortsan-

Der Gemeinderat hat sich mehrheitlich für ein Betreibermodell entschieden. Die Gründe hierfür sind einleuchtend, das Problem der Finanzierbarkeit aber bleibt. Denn ein Betreiber hat natürlich eine Gewinnerzielungsabsicht, d. h. Einnahmeausfälle, z. B. durch sozial verträgliche Eintrittspreise, lässt er sich von der Stadt ausgleichen. Ob hier ein für Stadt und Betreiber tragfähiger Konsens gefunden werden kann, ist fraglich und hängt in jedem Fall von den Investitions- und Betriebskosten ab.

Die im Hinblick auf Investition und Betrieb mit Abstand günstigste Variante ist das sog. Naturbad. Auf unser Betreiben hin wird auch diese Variante in das geplante Ausschreibungsverfahren mit aufgenommen.

sässige Gewerbetreibende tragen bestimmt auch ein Scherflein bei!

- **Kann in Leimen ein Betreiberverein gegründet werden?** Es gibt schon einen recht aktiven Förderverein. Kann und will dieser vielleicht auch mehr einbringen?

Die Leimener Bäder sind so tot oder lebendig wie das Engagement für sie. Unser Engagement ist nach wie vor hoch. Siehe dazu auch den Rückblick (Seite 23).

Konstanze Hügel



Klaus Mußler, verheiratet, zwei Kinder.

„Ich möchte unsere Stadt Leimen liebens- und lebenswert erhalten und dabei ist mir als „Lomener Bu“ ganz besonders der Wiederaufbau des Freibades wichtig. Das Freibad muss wieder zum zentralen Treffpunkt für alle Kinder, Jugendliche, Familien und junggebliebene Ältere werden!“

Öffentlichkeit oder Geheimniskrämerei

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, heißt es im Grundgesetz. Wissen ist Macht, weiß der Volksmund. Und in Bezug auf das Wissen betrachtet sich unser Staat (einschließlich der Kommunen) immer noch als Obrigkeitsstaat: Der Untertan hat in die Unterlagen und Akten der Verwaltung nur sehr begrenzt Einsicht. In der EU (ohne die neu dazugekommenen Staaten) ist Deutschland neben Luxemburg das einzige Land, das noch kein Informationsfreiheitsgesetz hat. Die-



ses besagt, dass staatliche Unterlagen bis auf wenige Ausnahmen für jedermann zugänglich sein müssen. Das schafft mehr Vertrauen in den Staat und erschwert die Korruption.

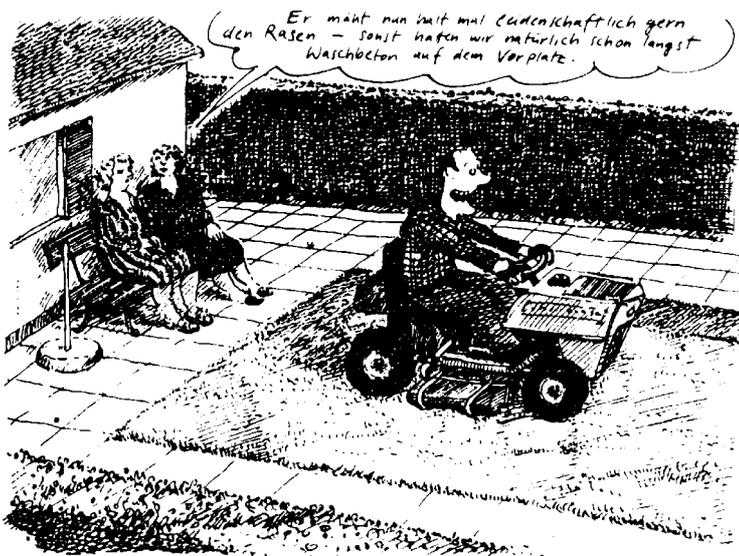
Aber wir sollten nicht warten, bis die Bundesregierung endlich ein Informationsfreiheitsgesetz verabschiedet. In der Kommune gibt es einen erheblichen Ermessensspielraum, um dem Bürger mehr Einsichtsmöglichkeiten zu geben. Zum Beispiel können Verträge mit privaten Dienstleistern eine Klausel enthalten, dass deren Inhalt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden darf. Die Haushaltssatzung ist auf Grund der Gemeindeordnung öffentlich auszulegen. Konsequenterweise muss dann auch veröffentlicht werden, welche Gegenleistung die Kommune für die Ausgaben bekommt. Hier in Leimen wird die Reinigung der städtischen Gebäude neu vergeben, da bietet sich eine solche Klausel an. Noch wichtiger wäre eine solche Klausel, falls ein Betreiber für die Schwimmbäder gefunden wird, da es sich hierbei um einen Vertrag in Millionenhöhe handelt.

Siegward Jäkel

Wildwest in der Fasanerie - 1. Fortsetzung

Was bisher geschah:

Die Gemeinde hatte 2/3 der im Bebauungsplan „Fasanerie I“ ausgewiesenen öffentlichen Grünflächen verkauft und bebaut und dann nochmals 2000m² an 18 private Anlieger verpachtet, sodass nur noch 3000m² als öffentliche Grünfläche für die 4500 Einwohner der Fasanerie übrig blieben. Da gegen diesen rechtswidrigen Zustand protestiert wurde, wollte die Stadtverwaltung diesen nachträglich legalisieren und brachte in der Gemeinderatssitzung am 27.11.2003 einen entsprechenden Antrag ein.



Dann war auch dagegen protestiert worden, dass die Stadt landeseigene Flächen ohne Kenntnis und Zustimmung des Landes an Anlieger verpachtet und besondere Freunde besonders begünstigt hatte.

Auf Nachfrage erklärte OB Ernst in der Fragestunde bei der Gemeinderatssitzung am 27.11.2003, dass der Verwaltung bewusst sei, dass dieser Antrag der Verwaltung, so wie er gestellt ist, bedeuten würde, dass ca. 1200 Familien in der Fasanerie, welche keinen direkten Zugang zu einem Garten haben, einen Nachteil erleiden würden zugunsten von ca. 18 Familien, welche einen direkten Zugang zu einem Garten haben. D.h., die Verwaltung wäre bereit gewesen, die

privaten Gärten von 18 Familien zu vergrößern und das Erholungsbedürfnis von 45000 Menschen zur Seite zu schieben, obwohl es für die Verwaltung möglich ist, auf eigenem Gelände noch öffentliche Grünfläche auszuweisen und somit die bisherigen 5000m² öffentliche Grünfläche beizubehalten. Die GALL-Fraktion machte dann die Problematik und die Undurchdachtheit dieses Antrages deutlich, und der Gemeinderat lehnte ihn dann auch ab.

Wegen der Verpachtung der landeseigenen Grundstücke erklärte der 1. Bürgermeister Sauerzapf in der Gemeinderatssitzung am 27.11.2003, dass das Land sehr wohl die Erlaubnis dazu gegeben hätte, und dass alles rechtens wäre.

Vor Weihnachten 2003 stellte ich an die Stadt die Frage, wer die Verhandlungspartner gewesen waren, und wann die Erlaubnis vom Land gegeben wurde, damit die landeseigenen Teilflächen an die Anlieger

verpachtet werden konnten. Bis zum Redaktionsschluss habe ich darauf nicht einmal eine Eingangsbestätigung erhalten.

Ende Februar 2004 stellte ich einen Antrag auf Rückerstattung der gezahlten, pauschalierten, vorgezogenen Erschließungsbeiträge für die ca. 11.000m² der öffentlichen Grünfläche / Zweckbestimmung Park, welche als Bauland der Fasanerie III zugeschlagen worden waren.

Oberbürgermeister Ernst lehnte einen Anspruch als unbegründet ab.

Im Bebauungsplan ist aber eine öffentliche Grünfläche in Form eines Parkes ausgewiesen, und laut Erschließungskostenbeitragsatzung

ist der Erschließungsaufwand für Grünflächen umlagefähig. Für mich bedeutet dies, dass die Stadt die erstmalige Herstellung des Parkes den Käufern der Baugrundstücke der Fasanerie I in Rechnung gestellt hat. Da der Park jedoch nie hergestellt wurde, sind auch keine Kosten angefallen, und die Anwohner haben Anspruch auf entsprechende Rückerstattung ihrer Gelder.



Judith Ebert

„Sag nichts Gutes über dich selbst, man wird dir misstrauen. Sag nichts schlechtes über dich selbst, man wird dich beim Wort nehmen.“ Die Weisheit Roux' beherzigend, sage ich nicht über mich, als dass ich 36 Jahre alt bin und einen kleinen Sohn habe. Wichtiger sind meine Anliegen, durch die ich mich mit der GAL-Leimen verbunden fühle: Gestaltung einer Umwelt, in der ein gutes Leben möglich ist.

Wenn Herr Ernst jetzt angibt, dass die öffentlichen Grünflächen nicht im Erschließungsaufwand enthalten waren, bedeutet dies, dass die Stadt entweder plante, den Park herzustellen und die Kosten dafür allen Steuerzahlern aufzubürden, oder sie hatte niemals vor, den Park herzustellen und hat die Anwohner absichtlich irreführt, indem sie ihnen vor Kauf der Baugrundstücke ein hübsch gemaltes, aber wertloses Bildchen in Form eines Bebauungsplanes zeigte. Dieser Punkt müsste noch weiter diskutiert werden.

Fortsetzung folgt.

Ingrid Hörnberg

Rückblick

- Durch massiven Bürgerprotest konnte unter maßgeblicher Beteiligung der GALL 1995 der Bau eines Mehrgeschossbaus mit über 40 Wohneinheiten Ecke Ziegelgraben/Beintweg verhindert werden. Auch zukünftig muss der einzigartige Charakter dieses Quartiers als „Grüne Lunge“ erhalten bleiben.



Andreas Schatz

- Im Bereich „Fasanerie“ wurde im vergangenen Jahr die Umwidmung von öffentlicher in private Grünfläche mit denkbar knapper Mehrheit abgelehnt.
- „Mühlweg IV“ war ein zentrales Thema unseres Wahlkampfes 1999. Wir organisierten eine Unterschriftenaktion gegen die geplante Justizvollzugsanstalt, führten eine Begehung mit dem grünen Landtagsabgeordneten Dietrich Hildebrandt durch und konnten im Jan./Feb. 2000 schließlich 968 Unterschriften übergeben.



- Süd-Ausrichtung von Gebäuden. Auf unseren Antrag hin realisiert im Bereich Bahnhof II.

- Stringente Pflanzgebote, Dach- und Fassadenbegrünungen konnten wir in den Bebauungsplänen Böse Walläcker und Hagen II durchsetzen, leider nicht im Gewerbegebiet Nord III
- Phantasieanregende Spielplätze. Eine durch die GALL initiierte Unterschriftenaktion führte zur Realisierung des Abenteuerspielplatzes „Spuk im Wald“, leitete damit eine überaus erfreuliche Trendwende ein.
- Ausweisung von verkehrsberuhigten Bereichen. Für den Bereich südliche Geh.-Schott-Straße / Graben / Bärenpfad liegt hierfür inzwischen ein Grundsatzbeschluss des Gemeinderats vor. Dem GALL-Antrag, auch den nördlichen Teil der Geh.-Schott-Straße miteinzubeziehen, wollte der Rat jedoch nicht folgen.
- Belebung des Stadtkerns: In der Vergangenheit wurden hierzu genügend Studien vom Gemeinderat in Auftrag gegeben. An Ideen mangelt es also nicht, sondern an deren Umsetzung. Deswegen haben wir auch eine weitere Studie – wie von der CDU 2003 beantragt und beschlossen – abgelehnt.
- Einige Beispiele für bürgerschaftliches Engagement: Die Sanierung des Menzerparks, eine unserer Wahlforderungen von 1999, die Gestaltung des Rathausvorplatzes durch eine Agendagruppe, Friedhofbepflanzungen, Putz- und Malaktionen usw.
- Blockheizkraftwerk. Ein erster Schritt in die richtige Richtung wurde erfreulicherweise mit der Installation eines Blockheizkraftwerkes in der „Alten Fabrik“ in St. Ilgen unternommen.
- Liegenschaften veräußern. Ein Beispiel für die mustergültige Sanierung eines ehemals städt. Gebäudes ist Schloss Bucheneck. Dieser Weg muss konsequent weiter verfolgt werden.
- Schwimmbadsanierung. Bereits in unserem Wahlprogramm 1999 haben wir auf die dringend notwendige Badsanierung hingewiesen. Nach der schon lange ab-

sehbaren Schließung des Freibades haben wir im Feb./März 2001 verschiedene Großveranstaltungen zum Thema „Freibad“ durchgeführt. Aus einer dieser Veranstaltungen resultierte schließlich die Gründung des Fördervereins Parkschwimmbad.



Michael Reinig, Jahrgang 1955, verheiratet, zwei Kinder, Industriefachwirt, seit 1994 Gemeinderat.

Mein Ziel ist die umwelt- und bürgerfreundliche Stadt. Dazu bedarf es eines langen Atems und vieler kleiner Schritte. Mit Engagement und Ausdauer konnten wir in der Vergangenheit einiges in dieser Richtung bewirken - auch als Minderheitenfraktion. Diesen Weg möchte ich im neuen Gemeinderat gerne konsequent weiter verfolgen.

- Unterbringung der Verwaltung. Ein Thema, das den Gemeinderat nicht erst durch die von CDU und SDW zum Jahreswechsel los getretene Diskussion beschäftigt, sondern bereits seit vielen Jahren (z. B. in unserem Wahlprogramm 1999: Gibt es eine Alternative zur Anmietung im Kurpfalz-Centrum? Umbau der Rathausstraße 1, Verlagerung der Grund- und Hauptschule, Neubau an das bestehende Gebäude? Alles schon X-mal durchgekaut und immer wieder mit dem gleichen Ergebnis zur Seite gelegt: Kein Geld! An der Situation hat sich heute nur das eine geändert: Noch weniger Geld, noch größere Schulden, und noch mehr Sanierungsbedarf.

Liebe LeserInnen,

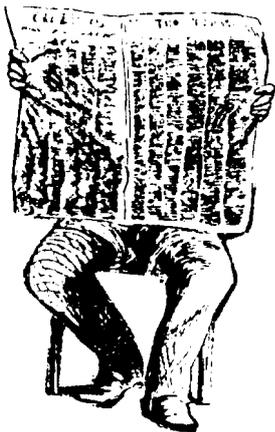
wir haben uns bemüht in dieser „Wahl-GrüRu“ wichtige Themen aufzugreifen, die die Stadt in den kommenden Jahren beschäftigen werden. Wir haben auch versucht, klar und deutlich unsere Ansichten dazu darzustellen. Allerdings ist Zeitungsraum knapp und teuer. Deshalb haben wir verschiedene Artikel kurz gefasst und auf Details, Beispiele und Ausführungen verzichtet. Dies alles finden Sie bei Interesse auf unserer Homepage oder Sie lassen es sich von Siegward Jäkel zuschicken. Sollten Sie dennoch ein Thema vermissen, das Ihnen unter den Nägeln brennt, rufen Sie uns an, schreiben Sie uns einen Brief, eine email oder kommen Sie einfach bei uns vorbei.

Unsere Kontaktadressen für die einzelnen Stadtteile sind:

- Petra Scheurig, Weberstr. 18, Tel. 80434, mail: pemisch@web.de

- Siegward Jäkel, Heltenstraße 11, Tel. 78978 mail: Siegward.Jaekel@t-online.de

- Konstanze Hügel, Türkisweg 19, Tel. 0622660592, email: konstanze@uelbich.de



Auch LeserInnenbriefe sind erwünscht!

GRÜNE und GALL treffen sich bis auf weiteres jeden Dienstag ab 20.00 Uhr im Restaurant Capri in St.Ilgen.

Die Sitzungen sind öffentlich, jede/r ist willkommen.

Unsere Internetadresse:
www.gall-leimen.de

Richtig wählen am 13.6.04

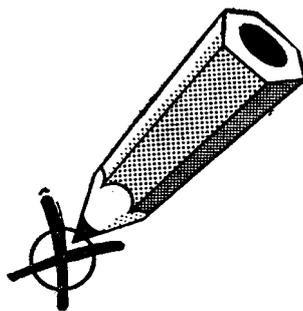
Am 13. Juni haben Sie die Möglichkeit an drei verschiedenen Wahlen teilzunehmen. Gewählt wird der Gemeinderat, der Kreistag, das Europaparlament

Anschließend einige Erläuterungen zu den verschiedenen Wahlen:

1. Die Wahl zum Gemeinderat der Stadt Leimen:

In Leimen werden 32 Gemeinderäte gewählt. Deshalb hat jeder Wähler 32 Stimmen, die er nach bestimmten Regeln verteilen kann.

- Gibt man eine Liste (einer Partei) unverändert ab, so erhält jeder Kandidat auf dieser Liste eine Stimme



- Man kann seine Stimmen aber auch bei bestimmten Kandidaten häufen. Jeder Kandidat kann höchstens drei Stimmen bekommen
- Man kann Kandidaten aus unterschiedlichen Listen Stimmen geben
- Die Kandidaten für die Teilorte (Leimen/Mitte, St.Ilgen und Gauangelloch) sind auf den Stimmzetteln getrennt aber egal wo man in Leimen wohnt, kann man jeden Kandidaten aus jedem Teilort wählen
- In Leimen/Mitte sind 15 Kandidaten zu wählen, in St.Ilgen 13 und in Gauangelloch 4. Deshalb darf man auch höchstens 15 Leimenern, 13 St.Ilgenern und 4 Gauangellochern seine Stimmen geben. Das muss man beachten, wenn man Kandidaten unterschiedlicher Listen wählt.

Die Wahlunterlagen zur Gemeinderatswahl werden einige Zeit vor der

Wahl verschickt. Sie können die Wahlzettel schon zu Hause ausfüllen.

2. Wahl zum Kreistag des Rhein-Neckar Kreises

Im Wahlbezirk Leimen werden vier Kreisräte gewählt. Deshalb hat jeder Wähler vier Stimmen.

- Gibt man eine Liste (einer Partei) unverändert ab, so erhält jeder Kandidat auf dieser Liste eine Stimme, wenn die Liste aus maximal vier Kandidaten besteht
- Man kann seine Stimmen aber auch bei bestimmten Kandidaten häufen
- Jeder Kandidat kann höchstens drei Stimmen bekommen
- Man kann Kandidaten aus unterschiedlichen Listen Stimmen geben

3. Wahl zum Europäischen Parlament

Dies ist sicher die einfachste der drei Wahlen. Sie haben eine Stimme, die sie dem Kandidaten ihrer Wahl geben.

Inhalt

Ökoleitplan	2
Renaturierung des Leimbaches	3
Atomülllager verlegt	4
Solarenergie ja bitte!!	5
Stichwort Abwassergebühren	6
Zementwerk ohne Katalysator	6
Chronik	7
Impressum	7
Mobilität	8
Öffentlicher Nahverkehr	10
Mutterglück in Leimen	11
Finanzpolitik	12
Kleinerer Gemeinderat	13
War da was?	13
Kommunale Demokratie	14
Der Leimener Schuldenturm	15
Schnell reagiert! Vielen Dank!	16
Unterbringung der Verwaltung	16
Kindergartengebühren	17
Drogenberatungsstelle	17
Kommunale Jugendförderung	18
Lokale Agenda 21 in Leimen	19
Schwimmbäder	20
Öffentlich oder geheim	21
Wildwest in der Fasanerie	22
Rückblick	23